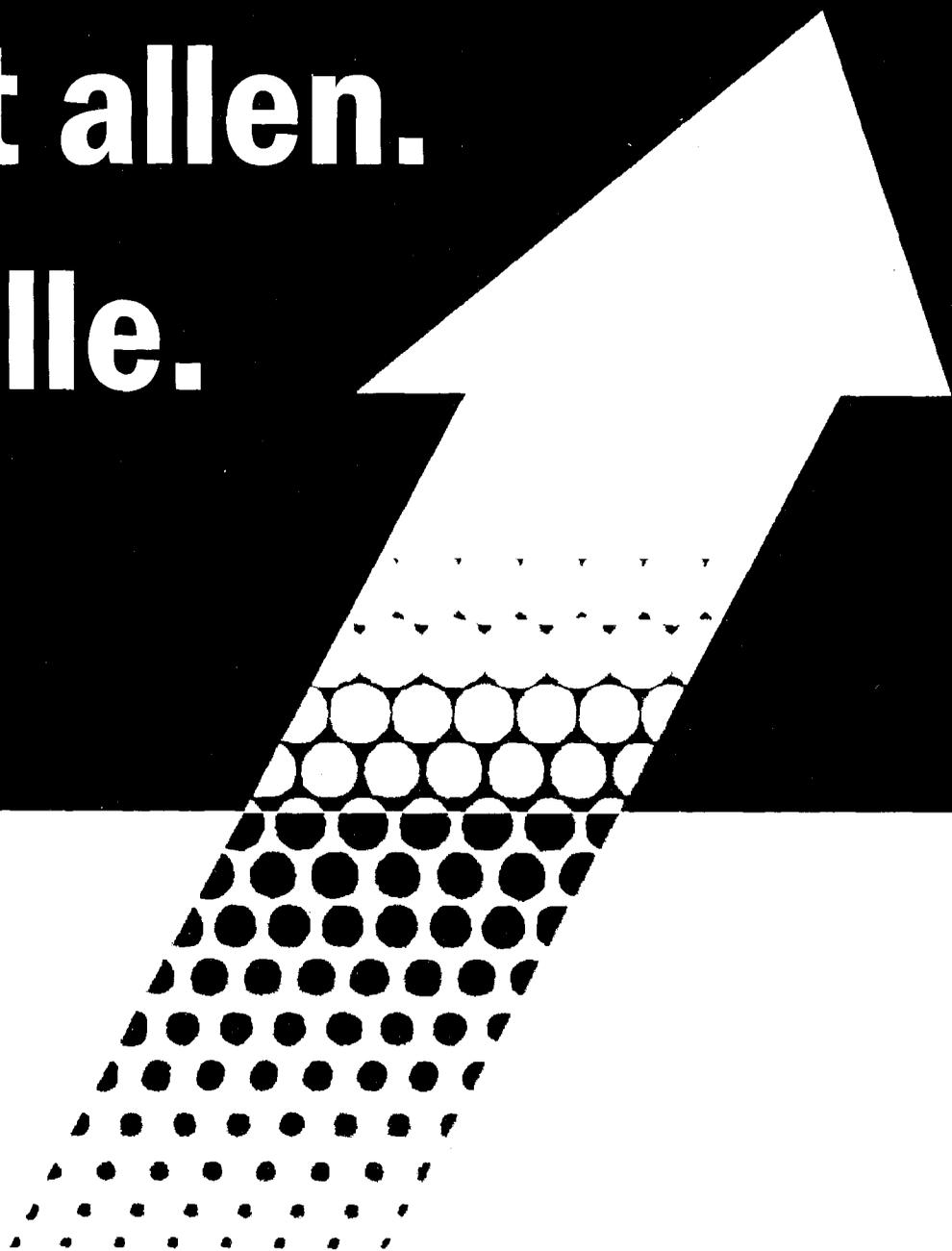


**Mit allen.  
Für alle.**



**Das SPD-  
Regierungsprogramm**

C 99 - 01419

**Rheinland-Pfalz  SPD**



**SPD-Regierungsprogramm  
für Rheinland-Pfalz  
1996 – 2001**

C 99 - 01419





## Vorwort

Liebe Genossinnen und Genossen,

bei der Erstellung unseres Regierungsprogramms für die Jahre 1996 bis 2001 sind wir einen neuen Weg gegangen. Dieses Programm ist aus einer Mitgliederbefragung hervorgegangen und kann sich damit auf eine breitere Basis berufen, als es bei allen anderen Parteien der Fall ist. Und noch etwas wird damit deutlich. Die SPD ist in Rheinland-Pfalz die Partei, die sich von dem Motto leiten läßt: Politik nah bei den Menschen und Politik für die Menschen.

Unser Regierungsprogramm, das wir auf dem Parteitag in Wirges am 20. Januar 1996 einstimmig verabschiedet haben, läßt sich von folgendem Grundsatz leiten: Auf dem Weg in das nächste Jahrtausend werden die rheinland-pfälzischen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten auf den Erfolgen der letzten Jahre aufbauen und mit neuer Kraft für eine Politik eintreten, die

- **wirtschaftlich erfolgreich,**
- **sozial gerecht,**
- **umweltpolitisch verantwortlich**

ist. Keiner dieser drei Eckpfeiler ist verzichtbar. Ihr Zusammenwirken ist die Grundlage dafür, unser Land auf Erfolgskurs zu halten. Nur wir Sozialdemokraten sind in der Lage, diese drei politischen Grundwerte so zu verknüpfen, daß sie nicht dem Wohl einzelner Interessen, sondern der Gesamtheit der Gesellschaft verpflichtet sind.

Aufbauend auf dieser Grundlage nenne ich die wichtigsten Schwerpunkte unseres Programms. An vorderster Stelle steht die Aufgabe, durch eine fortschrittliche Wirtschafts-, Struktur- und Industriepolitik neue Arbeitsplätze zu schaffen und bedrohte zu sichern. Wir schreiben Sicherheit ganz groß. Der Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor Gewalt und Verbrechen bleibt eine Hauptaufgabe des Staates. Wir sichern den Generationen von morgen eine sichere Umwelt. Deshalb schließt Rheinland-Pfalz einen ökologischen Generationsvertrag. Wir stärken unseren Gemeinden den Rücken. Auch in den kommenden Jahren wird die Stärkung der kommunalen Finanzen ein Schwerpunkt sozialdemokratischer Landespolitik bleiben. Wir investieren in die Zukunft. Wir werden unseren Kurs solider Finanzen fortsetzen. Das Geld, das andere für Zinsen bezahlen müssen, wollen wir für Investitionen in neue Arbeitsplätze, Kindergärten, Lehrer und Polizisten ausgeben.

Mit dem SPD-Regierungsprogramm für die Jahre 1996 bis 2001 legen wir die Vorschläge und Konzepte vor, mit denen unser Land für den Eintritt in das nächste Jahrtausend gut gerüstet ist. Wir werden den bewährten Weg weiter gehen. Mit uns geht Rheinland-Pfalz nach vorn.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'K. Beck', written in a cursive style.

Kurt Beck,  
SPD-Landesvorsitzender

# Inhalt

<b>Einleitung</b>	<b>7</b>
<b>Wir gehen neue Wege zu mehr Arbeitsplätzen</b>	<b>9</b>
<b>Wir setzen auf Arbeit statt Sozialhilfe</b>	<b>12</b>
<b>Wir schreiben SICHERHEIT ganz groß</b>	<b>14</b>
<b>Wir fördern alles, was Recht ist</b>	<b>16</b>
<b>Wir sichern den Generationen von morgen eine intakte Umwelt</b>	<b>18</b>
<b>Wir stärken unseren Gemeinden den Rücken</b>	<b>20</b>
<b>Wir haben die Finanzen in Ordnung gebracht</b>	<b>22</b>
<b>Wir investieren in die Bildung</b>	<b>23</b>
<b>Wir schaffen das Hochschul- und Wissenschaftsland Rheinland-Pfalz</b>	<b>25</b>
<b>Wir bauen Rheinland-Pfalz zum kinderfreundlichsten Land in Deutschland aus</b>	<b>27</b>
<b>Wir gehen mit unserer Jugend</b>	<b>29</b>
<b>Wir machen ernst mit der Chancengleichheit von Frauen und Männern</b>	<b>31</b>
<b>Wir sorgen für bezahlbare Wohnungen</b>	<b>33</b>
<b>Wir machen Rheinland-Pfalz mobil</b>	<b>34</b>
<b>Wir bringen die Rheinland-Pfälzer in Bewegung</b>	<b>36</b>
<b>Wir fördern Land- und Forstwirtschaft und stärken den Schutz der Verbraucher</b>	<b>37</b>
<b>Wir bauen die Solidarität zwischen den Generationen aus</b>	<b>40</b>
<b>Wir halten unser Gesundheitswesen gesund</b>	<b>41</b>
<b>Wir sorgen für gleiche Chancen von Behinderten und Nichtbehinderten</b>	<b>43</b>
<b>Wir helfen den Suchtkranken</b>	<b>44</b>
<b>Wir gestalten unsere Verwaltung effizient und bürgernah</b>	<b>45</b>
<b>Wir sind kulturell hellwach und quicklebendig</b>	<b>47</b>
<b>Wir setzen auf bewußten Umgang mit den Medien</b>	<b>49</b>
<b>Wir in Rheinland-Pfalz – mitten in Europa</b>	<b>51</b>
<b>Wir sind gemeinsam stolz auf Rheinland-Pfalz</b>	<b>53</b>
<b>Mit Kurt Beck geht Rheinland-Pfalz nach vorn ins Jahr 2000</b>	<b>55</b>



## **SPD-Regierungsprogramm 1996 – 2001**

Unser Land ist auf einem guten Weg. Die ersten fünf Jahre sozialdemokratischer Regierungsverantwortung waren fünf gute Jahre für Rheinland-Pfalz.

Wir haben Spitzenpositionen im Vergleich mit den anderen Bundesländern errungen. Diese werden wir in den kommenden fünf Jahren ausbauen.

Auf dem Weg ins Jahr 2000 werden die rheinland-pfälzischen Sozialdemokraten auf den Erfolgen der letzten Jahre aufbauen und mit neuer Kraft für eine Politik eintreten, die

- **wirtschaftlich erfolgreich,**
- **sozial gerecht,**
- **umweltpolitisch verantwortlich**

ist. Keiner dieser drei Eckpfeiler ist verzichtbar. Nur das Zusammenwirken von wirtschaftlichem Erfolg, sozialer Gerechtigkeit und Verantwortung gegenüber der Natur als Lebensgrundlage der Generationen unserer Kinder und Enkel kann unser Land weiter auf Erfolgskurs halten. Und nur die Sozialdemokraten sind in der Lage, diese drei politischen Grundwerte miteinander zu verknüpfen, weil sie sich immer der Gesamtheit unserer Gesellschaft und nicht nur einzelnen Interessengruppen verpflichtet fühlen. Sie werden sich mit Ministerpräsident Kurt Beck leiten lassen von dem Motto: Politik nah bei den Menschen und Politik für die Menschen.

Wir kämpfen für eine Gesellschaft, die geprägt ist von Zukunftsverantwortung und Zuverlässigkeit, von Gerechtigkeit und gegenseitigem Vertrauen.

Wir Sozialdemokraten wissen: Arbeitslosigkeit und die Angst vor dem Verlust der Arbeit sind das Krebsgeschwür unserer Gesellschaft. Diese Geißel trifft tief hinein in alle Bereiche des Lebens. Sie zerstört nicht nur die Wohlfahrt in unserem Lande. Sie ist ein Anschlag auf den sozialen Frieden, auf die Würde der Menschen. Sie nährt Verzweiflung und fördert Intoleranz, Gewaltbereitschaft, den Verlust des Selbstwertgefühls und die Flucht in Drogen. Deshalb ergreifen wir Partei für alle, die in Arbeitslosigkeit leben müssen oder von ihr bedroht sind.

Dabei wissen wir, daß Politik nicht alles ist. Sie kann nicht alles regeln. Wir treten ein für eine Gesellschaft von Bürgerinnen und Bürgern, die nicht bei jedem Problem nach dem Staat rufen. Wir setzen auch auf die Selbstverantwortlichkeit der Menschen in Rheinland-Pfalz. Jeder einzelne von uns muß sich selbst in die Pflicht nehmen.

Wir wenden uns entschieden gegen eine Gesellschaft, die sich das „Immer Mehr“ zum Leitmotiv macht. Der Mut, auch einmal „Nein“ zu sagen, ist Ausdruck politischer Stärke. Wir haben ihn.

Wir bauen weiterhin auf den Dialog mit den Entscheidungsträgern in Wirtschaft und Verwaltung im Lande. Nur mit ihrem verantwortlichen Handeln kann Rheinland-Pfalz ein Land der sozialen Gerechtigkeit und der Solidarität zwischen den unterschiedlichen Gruppen der Gesellschaft sein.

Sozialdemokratische Politik stellt den Menschen in den Mittelpunkt. Als Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit ist die Gleichstellung von Frauen und Männern eines unserer zentralen Anliegen. Wir sind angetreten, aus Betroffenen Beteiligte zu machen. Durch die Einführung der Direktwahl von Bürgermeistern und Landräten sowie von Einwohneranträgen, Bürgerbegehren und Bürgerentscheid wurden unter sozialdemokratischer Regierungsverantwortung die direkten Mitwirkungsrechte der Bürgerinnen und Bürger gestärkt. Dies soll auch künftig Leitmotiv sozialdemokratischer Politik für Rheinland-Pfalz sein.

Wir Sozialdemokraten nehmen die Wünsche und Erfahrungen der Menschen ernst. Deshalb hat die rheinland-pfälzische SPD in einer bislang in der deutschen Parteiengeschichte einmaligen Befragung ihrer Mitglieder deren Wünsche an die Landespolitik abgefragt.

Die Ergebnisse dieser Befragung haben Eingang gefunden in die konkrete Politikplanung für die nächsten fünf Jahre, die mit diesem Programm vorgelegt wird.

## Wir gehen neue Wege zu mehr Arbeitsplätzen

Die engagierte Wirtschafts- und Strukturpolitik der Landesregierung hat das Land einen großen Schritt nach vorn gebracht. Belegte Rheinland-Pfalz früher beim Vergleich der Wirtschaftsdaten der Bundesländer eher die hinteren Plätze, so kann das Land nach fünf Jahren sozialdemokratisch geführter Landesregierung beachtliche Erfolge aufweisen:

- 1994 verzeichnete Rheinland-Pfalz mit 3,4 % ein stärkeres reales Wirtschaftswachstum als alle anderen alten Bundesländer (durchschnittlich 2,3 %),
- auch der Zuwachs der Umsatzentwicklung der rheinland-pfälzischen Industriebetriebe liegt mit 4,6 % erheblich über dem Bundesdurchschnitt,
- inzwischen ist Rheinland-Pfalz auf gutem Weg, das investitionsfreundlichste Bundesland zu werden.

Eine fortschrittliche Industriepolitik muß vor allem der Schaffung neuer und der Sicherung bedrohter Arbeitsplätze dienen. Das gilt in besonderem Maße für jene Regionen, die durch den Rückzug von militärischen Einheiten und Anlagen vor neue Strukturprobleme gestellt wurden.

Die rheinland-pfälzische Wirtschaft ist in weiten Bereichen von kleineren und mittleren Unternehmen geprägt. Mittelständische Industrie und Handwerk sind wichtige Garanten für Arbeits- und Ausbildungsplätze. Deshalb werden wir auch künftig der Mittelstandsförderung einen hohen Stellenwert in unserer Wirtschaftspolitik einräumen. Die Meisterprämie, ein Ausbildungszuschuß des Landes in Höhe von 5000 Mark, mit der junge Handwerksmeister und -meisterinnen, aber auch Fachwirte, Fachkaufleute und Techniker zum Aufbau einer selbständigen Existenz ermuntert werden, zielt in diese Richtung.

Die wirtschaftspolitischen Rahmen werden weitgehend vom Bund und von der Europäischen Union gesetzt. Das Land hat dabei nur begrenzte Möglichkeiten. Diese werden wir mit neuen Ideen nutzen, um die bereits erreichten Investitionsanreize des Wirtschaftsstandorts Rheinland-Pfalz zu sichern und zu verstärken. Wir werden Genehmigungsverfahren weiter vereinfachen und beschleunigen. Schon jetzt werden aufgrund der neuen Landesbauordnung Baugenehmigungen in Rheinland-Pfalz einfacher und damit schneller abgewickelt.

Neben der durch Verschlinkung effektiveren Verwaltung hilft die von der Landesregierung geschaffene Investitions- und Strukturbank (ISB) bei der Bereitstellung von Risikokapital zur Existenzgründung. Ihre Möglichkeiten müssen zugunsten weiterer Investitionen verbessert werden.

Der Förderung von Investitionen wird auch die Zukunftsinitiative Rheinland-Pfalz (ZIRP) weiterhin dienen, in der sich 60 Unternehmen, Institutionen und Persönlichkeiten bemühen, die Qualität des Wirtschaftsstandorts Rheinland-Pfalz und sein investorenfreundliches Klima auch weit über die Landesgrenzen hinaus international bekannt zu machen. Unser Ziel: Wir wollen das investitionsfreundlichste Bundesland und die investitionsfreundlichste europäische Region werden.

Der „Ovale Tisch“, an dem sich Unternehmerverbände und Gewerkschaften, Industrie- und Handelskammern sowie Vertreter von Handwerk und Einzelhandel vor allem Arbeitsmarkt- und Ausbildungsplatzfragen widmen, gehört ebenso zu einer phantasievollen Wirtschaftspolitik, mit der unser Land neue Wege in eine sichere wirtschaftliche Zukunft findet.

Mit Kompetenz, Phantasie und Effizienz werden wir die Voraussetzung dafür schaffen, daß die Wirtschaft von Rheinland-Pfalz gestärkt ins Jahr 2000 geht.

So werden wir

- mehr Beschäftigung schaffen durch die Entwicklung und Erprobung neuer Arbeitszeitregelungen,
- Betriebsgründungen im Handwerk fördern zur Schaffung sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze,
- die Technologieförderung mit Schwerpunkt auf kleinere und mittlere Unternehmen ausbauen,
- angesichts der sinkenden Ausbildungsbereitschaft der Betriebe eine Offensive für mehr Ausbildungsplätze starten,
- die Stärkung der beruflichen Bildung vorantreiben,
- die Verbesserung der Weiterbildung forcieren,
- die Kooperation von Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung durch den Ausbau hochschulnaher Technologie- und Forschungszentren unterstützen,
- unserer Verantwortung nachkommen und eine für die Wirtschaft beispielhafte Ausbildungsplatzinitiative des Landes Rheinland-Pfalz fortsetzen, bei der im öffentlichen Dienst des Landes in den nächsten Jahren über den eigenen Bedarf hinaus ausgebildet wird, um möglichst vielen jungen Menschen eine Ausbildungschance zu eröffnen,
- wir werden nicht genutzte Ausbildungskapazitäten erfassen und im dualen System nutzen. Wo nötig, schaffen wir Ausbildungsverbünde. Wir nehmen die Unternehmen in die Pflicht,

- in Regionen mit besonders hoher Arbeitslosigkeit Beschäftigungsinitiativen starten, bei denen durch zeitlich befristete, direkte Zuschüsse zu den Lohnkosten für die Arbeitgeber Anreize geschaffen werden, Arbeitslosen wieder eine Beschäftigungschance zu geben,
- alle Anstrengungen unternehmen, um ein Klima zu schaffen, das Investitionen begünstigt und Rheinland-Pfalz in absehbarer Zeit zum investitionsfreundlichsten Bundesland macht.

Unser Ziel sind dauerhafte, zukunftsorientierte und damit sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze für Frauen und Männer.

## Wir setzen auf Arbeit statt Sozialhilfe

In einer Zeit hoher Arbeitslosigkeit, wachsender Armut und der Ausgrenzung ganzer Bevölkerungsgruppen muß sich der Sozialstaat beweisen und die Entstehung von Notlagen verhindern.

Einen besonderen Stellenwert in der Sozialpolitik hat aktive Arbeitsmarktpolitik. Sie sichert den sozialen Frieden, gibt auch den besonders benachteiligten Gruppen des Arbeitsmarktes eine Perspektive und ist gesamtfiskalisch und langfristig betrachtet kostengünstiger als Lohnersatzleistungen.

Der derzeitige Arbeitsmarkt geht gerade bei einfachen Tätigkeiten vom Prinzip „Alles oder Nichts“ aus. Wer keine 100%ige Leistung erbringen kann, hat überhaupt keine Chance. Dadurch werden ohne Notwendigkeit zu viele Menschen von der Arbeit ausgeschlossen und echte Chancen zur Verbesserung des Arbeitsmarktes vertan.

- Unter dem Motto „Arbeit statt Sozialhilfe“ sollen verstärkt Finanzmittel auf die Schaffung neuer Arbeitsplätze gelenkt werden.
- In verstärktem Maß sollen alle Instrumente der Regional- und Strukturpolitik, besonders auch die der neuen Investitions- und Strukturbank, zusätzliche Arbeitsplätze schaffen.
- Der wachsenden Gruppe der Alleinerziehenden unter den Sozialhilfeempfängern soll durch Ausweitung von Kinderbetreuungsangeboten Ausbildung und Berufstätigkeit ermöglicht werden. Unsere Gesellschaft kann es sich nicht leisten, die Qualifikationen und Kompetenzen der Frauen brachliegen zu lassen.
- Durch den weiteren Ausbau von beratenden Einrichtungen sollen Gründung und Entwicklung von regionalen und lokalen Beschäftigungsgesellschaften freier und kommunaler Träger unterstützt werden.
- Neue Tätigkeitsfelder können für Selbsthilfeinitiativen gefunden werden. Vor allem bei den ambulanten Diensten (Pflegeversicherung) und beim Umweltschutz sowie im Bereich neuer Technologien liegen Aufgaben, die neue Beschäftigung bieten. Wir werden alle Beteiligten an einen Tisch bringen und Dynamik beim Aufbau dieser neuen Beschäftigungsfelder entwickeln. Die Kommunen können durch eine entsprechende Vergabepolitik den lokalen Beschäftigungsprojekten eine mittelfristige Auftragsperspektive eröffnen.
- Eine besondere Förderung sollen in Zukunft soziale Betriebe erfahren, die an der Nahtstelle zwischen regulärem Arbeitsmarkt und öffentlich geförderten Beschäftigungssektor angesiedelt sind. Sie sind grundsätzlich dem Wettbewerb ausgesetzt, aber für ihre be-

sonderen Integrationsleistungen wie soziale Betreuung und Qualifizierung von Langzeitarbeitslosen erhalten sie einen finanziellen Ausgleich.

- Gezielte Maßnahmen sind insbesondere gegen illegale Beschäftigung und Schwarzarbeit notwendig. Sonderkommissionen gegen illegale Beschäftigung werden eingerichtet.
- Mit dem Landeskonversionsprogramm werden neue Arbeitsplätze geschaffen. Dazu zählen auch Sonderprogramme zur Beschäftigung und Qualifizierung von Arbeitslosen und der von Arbeitslosigkeit bedrohten Menschen.
- Wir müssen für Menschen, die nur einfachen Tätigkeiten nachgehen können, Arbeitsplätze schaffen. Sie dürfen nicht ausgegrenzt werden. Zum Wohl der Gemeinden wie der Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger werden wir solche Stellen im öffentlichen und privatwirtschaftlichen Bereich fördern.

Arbeit darf nicht kaputt machen. Nur etwa ein Drittel der berufstätigen Bevölkerung erreicht das Rentenalter ohne schwerwiegende gesundheitliche Beeinträchtigungen. Deshalb kämpfen wir dafür, daß

- Arbeits- und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz stärker beachtet werden.
- Prävention, Gesundheitsschutz, Humanisierung und menschengerechte Gestaltung der Arbeit als wesentliche Elemente der Gestaltung des Arbeitsplatzes gewertet werden, die zu erreichen nicht nur Aufgabe der Gewerbeaufsicht ist, sondern auch Gegenstand unternehmerischer Innovation.

## **Wir schreiben SICHERHEIT ganz groß**

Die Bürgerinnen und Bürger von Rheinland-Pfalz leben sicherer als anderen Orts. Das Risiko, Opfer einer Straftat zu werden, ist in Rheinland-Pfalz heute geringer als in den meisten anderen Bundesländern. Und bei der Aufklärung von Straftaten ist die rheinland-pfälzische Polizei inzwischen eine der erfolgreichsten in der Bundesrepublik.

Wer daher ungerechtfertigt Ängste vor Kriminalität und Gewalttaten schürt, der treibt ein verantwortungsloses Spiel mit den berechtigten Bedürfnissen der Menschen nach Sicherheit.

Der Schutz seiner Bürgerinnen und Bürger vor Gewalttätern und Verbrechern bleibt eine der Hauptaufgaben des Staates. Der innere Frieden gehört zu den höchsten Gütern der Gesellschaft und muß von einer bestens ausgestatteten und hoch motivierten Polizei geschützt werden. Entschlossene und effiziente Bekämpfung sowie Abwehr von Kriminalität und Gewalt müssen einhergehen mit rechtzeitigen und gezielten Vorbeugemaßnahmen.

Dies geschieht durch Stärkung und Modernisierung von Polizei und Justiz, aber auch durch eine Politik, welche die wirtschaftlichen und sozialen Ursachen von Gewalt und Kriminalität an ihren Wurzeln bekämpft.

Zur Verbesserung der inneren Sicherheit ist in den vergangenen fünf Jahren bereits Entscheidendes getan worden. So wurden seit 1991 Jahr für Jahr 100 Polizeibeamtinnen und -beamte mehr eingestellt. Das sind inzwischen 500 neue Stellen im Dienst der Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger. Hinzu kamen eine Verbesserung des Ausbildungsniveaus und der Aufstiegschancen, eine leistungsgerechtere Bezahlung im Polizeiberuf sowie eine moderne Polizeiorganisation, die den heutigen Anforderungen der Kriminalitätsbekämpfung, auch der Wirtschaftskriminalität, Rechnung trägt und die Polizeipräsenz auf dem Land verbessert.

Dies waren nach zu vielen Jahren der Stagnation erste Schritte hin zu mehr Sicherheit. Weitere müssen folgen:

- Die Organisation der Polizei soll weiter modernisiert werden, damit sie den neuen Formen der Kriminalität gewachsen ist.
- Der Polizeiberuf soll durch einen angemessenen Stellenzuwachs, leistungsgerechte Bezahlung, bessere Ausbildung und bessere Aufstiegschancen noch attraktiver gemacht werden.
- Eine bessere Ausbildung muß sich auf die Inhalte erstrecken und zur Stärkung der sozialen Kompetenz im Polizeieinsatz führen.

- Ausländerinnen und Ausländer sollen verstärkt in den Polizeidienst aufgenommen werden.
- Das Land wird dafür eintreten, daß kriminell erworbenes Vermögen und illegale Gewinne (z. B. bei Drogengeschäften) entschädigungslos enteignet werden kann.
- Das Abhören des gesprochenen Wortes soll zugelassen werden, wenn und soweit ein Kollegialgericht dies anordnet, ein parlamentarisches Gremium unterrichtet wird, die Information der Betroffenen im nachhinein erfolgt und sichergestellt ist, daß die gewonnenen Erkenntnisse nur für die Verfolgung von gesetzlich im einzelnen geregelten besonders schweren Straftaten verwendet werden können („Großer Lauschangriff“).
- Um die innere Sicherheit in Rheinland-Pfalz zu verbessern, sollen in größeren Gemeinden und Städten mehr Polizeibeamte zum Einsatz kommen, um so eine stärkere zeitliche und örtliche Anwesenheit der Polizei für Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten. Wir werden für mehr Fußstreifen in den Innenstädten sorgen, damit unsere Bürgerinnen und Bürger im Kontakt mit der Polizei Sicherheit persönlich erfahren können.

## Wir fördern alles, was Recht ist

Die Bürgerinnen und Bürger müssen schneller zu ihrem Recht kommen. Die Verfahrensdauer muß verkürzt werden. Deshalb muß die Justiz weiter zu einem modernen Servicebetrieb ausgebaut werden.

- Wir werden Gerichte und Staatsanwaltschaft – von den Schreibdiensten bis hin zu den Richterarbeitsplätzen – mit moderner Datentechnik ausstatten, und im Interesse der Bürger und Beschäftigten werden wir die Arbeitsabläufe besser organisieren. Hierzu sind auch Änderungen von Bundesgesetzen nötig, für die wir uns im Bundesrat einsetzen werden: Reform des Gerichtsaufbaus, Überarbeitung des Rechtsmittelwesens, Straffung der Gerichtsverfahren.
- Auf Landesebene werden wir einen Richterwahlausschuß schaffen, der für die Ernennung und Beförderung von Richterinnen und Richtern zuständig ist.
- Die außergerichtliche Beilegung von zivilen Streitfällen wollen wir stärken.
- Für Zeugen, die von Organisierter Kriminalität bedroht sind, brauchen wir ein Zeugenschutzgesetz.
- Wir setzen uns für einen modernen und wirkungsvollen Strafvollzug in Rheinland-Pfalz ein. In einem sicheren Strafvollzug sollen Straftäter mit dem Ziel behandelt werden, sie als vollwertige Mitglieder der Gesellschaft zu entlassen. Im Rahmen des Jugendstrafvollzugs setzen wir die Akzente auf Ausbildung und Erziehung.
- Wir sorgen dafür, daß die „Volksinitiative“ rechtsverbindlich wird, mit der die Bürgerinnen und Bürger das Recht bekommen, die Befassung des Landtages mit bestimmten Themen durchzusetzen.
- Das Recht auf Arbeit und das Recht auf Wohnung sowie der Tierschutz müssen in Rheinland-Pfalz Verfassungsrang bekommen.
- Für ein gemeinschaftliches Rechtsbewußtsein und eine gemeinschaftliche Rechtskultur in der Europäischen Union kommt der Europäischen Rechtsakademie in Trier herausragende Bedeutung zu. Wir werden uns für den Ausbau der Trierer Rechtsakademie und ihres Programmangebots einsetzen.
- In die Juristenausbildung muß stärker die Mißachtung des Rechts und der Mißbrauch der Justiz im totalitären Staat, insbesondere im Nationalsozialismus, einbezogen werden, weil das Wissen junger Juristen/-innen über die Rolle der deutschen Justiz in totalitären Systemen, insbesondere im NS-Staat, vielfach zu gering ist.

- Wir sorgen dafür, daß Opfer von Sexualdelikten, insbesondere mißbrauchte Kinder, im Strafprozeß besser geschützt werden (z. B. Videovernehmung).
- Abgelehnte Asylbewerber/-innen und Menschen, die aus anderen Gründen kein Aufenthaltsrecht in Deutschland mehr beanspruchen können, haben trotz dieser Situation Anspruch auf eine menschenwürdige Behandlung.

## **Wir sichern den Generationen von morgen eine intakte Umwelt**

Der Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen hat bei den Bürgerinnen und Bürgern von Rheinland-Pfalz einen sehr hohen Stellenwert. Sie wissen, daß es ohne intakte Umwelt keine Lebensqualität, keinen wirtschaftlichen Erfolg und keinen sozialen Frieden geben kann. Umweltpolitik ist Zukunftsvorsorge für die Generationen unserer Kinder und Enkel. War es in der Vergangenheit so, daß vorwiegend Versorgungseinrichtungen die wichtigen Infrastrukturmaßnahmen waren, so sind dies jetzt zunehmend auch Maßnahmen, welche eine Entsorgungssicherheit gewährleisten. Landes- und Kommunalpolitik haben dem Rechnung zu tragen. Deshalb schließt Rheinland-Pfalz einen ökologischen Generationenvertrag.

Wir Sozialdemokraten wissen: Innovatives Vorausdenken ist besser als nachträgliche Schadensbehebung. Und es ist kostengünstiger, die Entstehung von Umweltschäden von vornherein zu vermeiden, statt sie später mühsam zu reparieren.

Wir werden daher weiter den vor fünf Jahren eingeschlagenen Weg der umweltpolitischen Vernunft gehen. Wir setzen auf wirkungsvolles und kostensparendes Umweltmanagement, sowohl in der Abfallwirtschaft als auch in der Abwasserbeseitigung.

Wir werden weiter für einen Verzicht auf Atomenergie eintreten und statt dieser die effizientere Energienutzung (z. B. Kraft-Wärme-Kopplung, Nah- und Fernwärme) sowie regenerative Energien (Sonne, Wind, Wasser) noch stärker fördern, wo dies sinnvoll ist. Wir setzen uns ein für naturnahen Waldbau und eine umweltschonende Landwirtschaft, den Rückbau „regulierter“ Flüsse und Bäche in ihren natürlichen Zustand und einen natürlichen Hochwasserschutz, der das Regenwasser nicht auf dem schnellsten Weg in die Wasserläufe oder Abwasserkanäle bringt, sondern in den Böden versickern läßt.

Die langfristige Sicherung des Grundwasserangebotes für die Trinkwassergewinnung hat Vorrang vor allen anderen Nutzungsansprüchen, die zu einer Beeinträchtigung der Qualität oder Nutzungsmöglichkeit der Grundwasservorkommen führen.

Daher müssen Boden und Wasser weitgehend frei bleiben vor anthropogenen Beeinflussungen. Ein intakter Wasserhaushalt ist die Voraussetzung für die Versorgung der Bevölkerung und des Gewerbes mit qualitativ hochwertigem, preiswertem Trinkwasser.

Umweltpolitik ist eng verknüpft mit allen Politikbereichen. Ohne gesunde Umwelt gibt es keine intakte Gesellschaft. Deshalb ist es unser Bestreben, in allen Teilen der Gesellschaft ein neues Denken zu fördern, das dem Schutz unserer Umwelt einen höheren Stellenwert als bisher einräumt. Die rheinland-pfälzischen Sozialdemokraten fühlen sich dem Grundsatz des umweltpolitisch verantwortlichen Handelns verpflichtet. Sie setzen sich konkret dafür ein, daß

- sich die Abfallwirtschaft auf Abfallvermeidung, auf wirtschaftlich sinnvolle Wiederverwertung der eingesetzten Rohstoffe und auf die umweltschonende Verwertung und Beseitigung von Restabfällen konzentriert
- das Kernkraftwerk Mülheim-Kärlich nicht ans Netz geht
- die ökologische Landwirtschaft und der ökologische Weinbau verstärkt gefördert wird
- die Forschung zur Minderung und Wiederverwertung von Abfall an den Hochschulen ausgebaut wird
- der umweltschonende Fremdenverkehr verstärkt ausgebaut wird
- durch die Vernetzung von Biotop-Systemen, naturnahem Waldbau, nachhaltige Forstwirtschaft und der Ausweisung zusätzlicher Naturschutzgebiete Pflanzen, Tiere, Grund und Boden systematisch geschützt werden
- zur Verhinderung von Hochwasser naturnahe Bäche und Flüsse gepflegt und geschützt, vorgenommene Eingriffe wieder zurückgebaut sowie Hochwasser-Rückhalteräume geschaffen werden
- landeseigene Bauvorhaben, z. B. die neuen Fachhochschulen und -Museen, verstärkt als ökologische Modellprojekte zu errichten sind.

## **Wir stärken unseren Gemeinden den Rücken**

Fünf Jahre sozialdemokratischer Regierungsverantwortung haben die kommunale Selbstverwaltung in Rheinland-Pfalz ein gutes Stück nach vorne gebracht. Der Begriff der Partnerschaft zwischen Land und Kommunen ist mit Leben erfüllt worden.

In den mehr als zweitausend Städten und Gemeinden unseres Landes – mit all ihren lebendigen Unterschieden – erfahren und gestalten viele hunderttausend Menschen in kommunalen Vertretungskörperschaften, in unzähligen Vereinen und gesellschaftlichen Gruppen ehrenamtlich und aktiv ihren Alltag. Insbesondere die Jüngeren sind eingeladen, ihre Erfahrungen und Vorstellungen in die verantwortungsvolle Arbeit der Vereine und ihre Vorstände einzubringen. So wird Demokratie unmittelbar erlebt und erfahren.

Kommunale Selbstverwaltung ist für uns rheinland-pfälzische Sozialdemokraten unverzichtbare Voraussetzung für das Gelingen eines demokratisch organisierten Gemeinwesens. Wir sind stolz auf die 30 000 Frauen und Männer, die sich ehren- und hauptamtlich in Räten und Verwaltungen engagieren. Nicht wenige von ihnen tragen mittlerweile auch im Land an hervorgehobener Stelle Verantwortung.

Unsere Kommunen befinden sich bundesweit in einer schwierigen finanziellen Situation. Wir rheinland-pfälzischen Sozialdemokraten wissen, daß die Gemeinden gerade jetzt die Hilfe des Landes brauchen und haben deshalb gehandelt:

Die Landesregierung hat die Zuweisungen an die Kommunen deutlich stärker erhöht als die übrigen Landesausgaben. Dies hat mit dazu geführt, daß die Verschuldung der rheinland-pfälzischen Gemeinden deutlich hinter der kommunalen Verschuldung in den anderen westlichen Bundesländern zurückbleibt. Auch in den kommenden Jahren wird die Stärkung der kommunalen Finanzen Schwerpunkt sozialdemokratisch verantworteter Landespolitik bleiben.

Ab 1996 wird das Land den Solidaritätsbeitrag der Kommunen zur Finanzierung der deutschen Einheit selbst übernehmen und zugleich den Anteil der Gemeinden am Steueraufkommen des Landes um mehr als 65 Mio. Mark erhöhen. Durch diese und andere Maßnahmen werden die Kommunen 185 Mio. Mark mehr zur Verfügung haben. Nachdem die Gewerbesteuer aus Wettbewerbsgründen nicht mehr zeitgemäß ist, werden wir uns beim Bundesrat für eine angemessene Beteiligung der Gemeinden an der Umsatzsteuer einsetzen. Da die Umsatzsteuer eine dynamische Steuer ist, wird dies zu einer weiteren Verbesserung der kommunalen Finanzen führen. Die Umsatzbeteiligung und die verbleibende Gewerbesteuer nach dem Ertrag sind verfassungsmäßig abzusichern, um die Finanzhoheit der Kommunen auf Dauer zu gewährleisten. Dies soll im Rahmen einer neuen Gemeindefinanzreform geschehen, die wir vom Bund fordern. Mit dieser Reform muß ge-

währleistet sein, daß die finanziellen Folgen der vom Bund verfehlten Arbeitsmarktpolitik auch vom Bund getragen und nicht den Gemeinden aufgebürdet werden.

Zeiten knapper Kassen bieten aber auch die Chance, den Selbstverwaltungsspielraum unserer Gemeinden, Städte und Landkreise durch Verzicht auf unnötige oder überzogene Regelungen zu erweitern. Wir werden deshalb auch für Kommunen verbindliche, starre Richtlinien und Vorgaben durch Gestaltungsspielräume ersetzen, um so die kommunale Selbstverwaltung vor Ort zu stärken. Dadurch werden die kommunalen Gebietskörperschaften in die Lage versetzt werden, ihren unterschiedlichen Bedürfnissen und Möglichkeiten entsprechend individuelle Regelungen zu treffen. Dabei wird auch die in der Staatskanzlei eingerichtete Kommission zur Modernisierung der Verwaltung ihren Beitrag leisten.

Das Land unterstützt seine Gemeinden, Städte und Landkreise finanziell bei der Erprobung neuer Modelle zur Steuerung von Verwaltungsabläufen. Dazu zählt auch eine stärkere Nutzung der Wettbewerbsinstrumente. Kommunale Angebote und Monopole können in ihrer Leistungsfähigkeit gesteigert und in ihrem Aufwand gesenkt werden, wenn sie sich dem Wettbewerb Privater stellen müssen.

Eine ausreichende Finanzausstattung der Kommunen setzt jedoch auch ein Umdenken der Bundespolitik voraus. Der Bund soll zu seinem Wort stehen und das bereits zugesagte Konversionsprogramm mit entsprechender Finanzausstattung auflegen.

Gute Kommunalpolitik ist nicht nur eine Sache des Geldes. In finanziell schwierigen Zeiten sind Phantasie und Engagement besonders gefordert.

In der neuen Kommunalverfassung haben wir die Urwahl der Bürgermeister und Landräte, die Einrichtung von Fragestunden bei Ratssitzungen und das Recht auf Durchführung von Bürgerbegehren und Bürgerentscheid verankert. Dies sind Beispiele von Möglichkeiten wirksamer Teilhabe am gemeindlichen Zusammenleben. Sie sind Ausdruck einer neuen Qualität, wie Sozialdemokraten kommunale Partnerschaft zwischen Bürgern, Rat und Verwaltung definieren. Wir werden diesen Weg fortsetzen und in einem weiteren Schritt die Kontroll- und Mitwirkungsrechte der kommunalen Vertretungskörperschaften stärken.

Rheinland-Pfalz hat als erstes und bislang einziges Bundesland mit der Einrichtung eines kommunalen Rates den Kommunen ein eigenes Initiativrecht gegenüber dem Land eingeräumt. Der kommunale Rat wird mithelfen, die Partnerschaft zwischen Land und Kommunen zu verstärken und die landespolitischen Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Kommunalpolitik praxisnah zu gestalten.

## **Wir haben die Finanzen in Ordnung gebracht**

Die sozialdemokratisch geführte Landesregierung hat Schluß gemacht mit der Schuldenpolitik ihrer Vorgänger. Sie hat die Staatsfinanzen wieder in Ordnung gebracht. Beim Regierungswechsel im Mai 1991 hatte sie einen Haushalt übernommen, der hohe Ausgabenzuwächse und eine gegenüber den übrigen westdeutschen Bundesländern überdurchschnittliche Neuverschuldung aufwies. 1990 waren die Ausgaben des Landeshaushalts um 7,4 Prozent gestiegen.

Mit einer strikten Konsolidierungspolitik hat die Regierung den Ausgabenzuwachs seither stetig auf zuletzt unter 3 Prozent 1994 und 1995 gesenkt. Auch andere finanzpolitische Indikatoren sind positiv: Die Neuverschuldung wurde unter den Durchschnitt der alten Bundesländer gedrückt, der Anteil der Zinsausgaben an den Gesamtausgaben stieg im Gegensatz zu den Vorjahren nicht weiter an. Dieses Ergebnis wurde trotz der Belastungen der deutschen Einheit erreicht, die sich für das Land und seine Gemeinden in Mindereinnahmen oder Mehrausgaben von rund 2 Mrd. DM jährlich niederschlagen.

Die Personalkosten machen mit acht Milliarden Mark rund 40 Prozent des Landeshaushaltes aus. Die Landesregierung hat in den letzten Jahren gezielt Schwerpunktaufgaben in den Bereichen Bildung, Justiz, Innere Sicherheit verstärkt: Seit 1991 gab es fast 3000 Stellen für die Schulen, 360 an den Hochschulen, 530 für Polizisten und 480 in der Justiz. Gleichzeitig werden durch systematische Modernisierung und Straffung der allgemeinen Verwaltung Einsparmöglichkeiten gesucht. Über 1500 Stellen hat das Land seit 1993 in der allgemeinen Verwaltung abgebaut, jedes Jahr sollen es weitere 500 mehr sein.

Von wachsender Bedeutung ist auch das Problem der Versorgungslasten: Die Zahl der Pensionäre in Rheinland-Pfalz wird von derzeit 27 500 auf 52 000 im Jahr 2020 steigen. Die Kosten von derzeit 1,4 Milliarden werden entsprechend wachsen. Zugleich ist zu beobachten, daß etwa 40 Prozent der Pensionäre vor Erreichen der Altersgrenze in den Ruhestand treten. Mit einem Pensionsfonds wird Rheinland-Pfalz nun als erstes Bundesland Vorsorge für die Versorgung seiner Beamten treffen. Für die ab 1996 neu eingestellten Beamten werden Rückstellungen in den Fonds gezahlt. Dadurch werden die tatsächlichen Kosten der Beschäftigung schon heute transparent und ein Anreiz zur Einsparung geschaffen.

- Wir werden unseren soliden Finanzkurs fortsetzen. Wir wollen das Geld, das andere für Zinsen bezahlen müssen, lieber für Investitionen in neue Arbeitsplätze, Kindergärten, Lehrer und Polizisten ausgeben.

## Wir investieren in die Bildung

Wer heute in die Bildung der jungen Generation investiert, der hat die Zukunft schon halb gewonnen. Bildung und Ausbildung sind nicht nur Voraussetzung für eine wirtschaftlich erfolgreiche Entwicklung unserer Gesellschaft. Sie sind Grundlage der Persönlichkeitsentwicklung jedes einzelnen und Voraussetzung für dessen individuelle Entscheidungsfähigkeit. Damit ist die Bildung Grundlage des sozialen, gesellschaftlich verantwortungsvollen demokratischen Handelns unserer Bürgerinnen und Bürger.

Deshalb genießen Schulbildung, Berufsausbildung und Weiterbildung in Rheinland-Pfalz seit fünf Jahren höchste Priorität. Wir Sozialdemokraten haben die Schullandschaft in unserem Land leistungsfähiger gestaltet: Regionale Schulen, Gesamtschulen, zehntes Schuljahr an 150 Hauptschulen, mehr Durchlässigkeit zwischen allgemeiner und beruflicher Bildung (in Zukunft ist in Rheinland-Pfalz der Zugang zur Hochschule auch ohne Abitur möglich).

Wir haben die Bildungspolitik modernisiert und auf die Höhe unserer Zeit gebracht. Trotz drastisch steigender Schülerzahlen haben wir die Unterrichtsversorgung auf hohem Niveau gesichert. Junge Lehrerinnen und Lehrer haben in den Schulen neue Impulse gesetzt. Über 2000 zusätzliche Lehrerinnen und Lehrer sowie fast 1000 Stellen für Referendare sprechen eine deutliche Sprache: Rheinland-Pfalz hat die Zeichen der Zeit erkannt und räumt der Bildung einen besonders wichtigen Platz in der Landespolitik ein. Wir wollen unsere junge Generation fit machen für die Aufgaben, die morgen in einem Europa ohne Grenzen auf sie zukommen.

Wir werden den eingeschlagenen Weg der Modernisierung unseres Bildungswesens weitergehen durch

- feste Betreuungszeiten in den Grundschulen zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie
- Ziel ist der Ausbau der Grundschulen zur vollen Halbtagschule aus pädagogischen und familiären Gründen
- gemeinsamen Schulanfang für alle Kinder eines Altersjahrgangs, um so die Zurückstellung von Kindern zu vermeiden
- gemeinsamen Unterricht für behinderte und nichtbehinderte Kinder
- Ausweitung der Regionalen Schule als Regelschule

- Einrichtung weiterer integrierter Gesamtschulen, wo die Eltern es wünschen und das gegliederte Schulsystem in zumutbarer Entfernung gewährleistet bleibt
- Maßnahmen, damit begabte Schülerinnen und Schüler schneller als in 13 Jahren das Abitur machen können
- mehr pädagogische Freiheit für die Schule
- mehr organisatorische Freiheit für die Schule
- Weiterentwicklung der Berufsbildenden Schulen zur Steigerung der Attraktivität, der Transparenz und der Durchlässigkeit
- Förderung der Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Ausbildung (z. B. Hochschulzugang für Meister)

Lebenslanges Lernen ist für die Sozialdemokraten ein unverzichtbarer Beitrag für mehr Chancengleichheit und Arbeitsplatzsicherheit. Vom Schlußlicht der Bundesrepublik sind wir in vielen Fragen zum Vorbild geworden. Endlich wurde der Anspruch auf Weiterbildung durch das Bildungsfreistellungsgesetz Wirklichkeit. Mit dem novellierten Weiterbildungsgesetz und einer deutlich erhöhten Förderung sind die Weichen für die Zukunft gestellt. In Rheinland-Pfalz sollen die Bürgerinnen und Bürger die Chance haben, sich nach ihren Interessen weiterzubilden. Ein gutes Angebot für Alte und Junge, für Frauen und Männer, für Berufstätige und von Arbeitslosigkeit Bedrohte ist unser Ziel.

## **Wir schaffen das Hochschul- und Wissenschaftsland Rheinland-Pfalz**

Wissenschaft und Technologie sind Garanten für die Arbeitsplätze von morgen.

Deshalb wurde hier in den letzten Jahren ein Schwerpunkt gesetzt. Rheinland-Pfalz gab bis 1991 weniger für seine Hochschulen aus als andere Bundesländer. Das hat sich geändert. Seit Sozialdemokraten im Land regieren, genießt die Hochschulpolitik hohe Priorität. Die laufenden Mittel für Forschung und Lehre wurden um ca. 40 Prozent aufgestockt. Nachdem sich der Bund seit Jahren weigert, die Mitfinanzierung der Gemeinschaftsinitiative Hochschulbau den Erfordernissen anzupassen, hat das Land Rheinland-Pfalz selbst gehandelt. Mit neuen Finanzierungsformen wie Miet- und Leasingprojekten soll die Blockade der Bundesregierung durchbrochen werden. Nach nur zweijähriger Vorlaufzeit ist der Lehrbetrieb an der Fachhochschule Zweibrücken angelaufen. Die Inbetriebnahme der Fachhochschule Birkenfeld steht bevor. Im Rahmen des Bonn-Berlin-Ausgleichs wird in Remagen eine Fachhochschule und in Bad Neuenahr-Ahrweiler eine Akademie für Technologiefolgenabschätzung entstehen. Richtungsweisende Schritte für die Wissenschaftslandschaft Rheinland-Pfalz sind auch das Fraunhofer-Institut für Software-Technologie sowie das von der Fraunhofer-Gesellschaft betreute Institut für Techno- und Wirtschaftsmathematik an der Universität Kaiserslautern.

Im Hochschulbereich ist Rheinland-Pfalz dabei, eine Spitzenposition zu erreichen.

Universitäten und Fachhochschulen gemeinsam stehen für eine leistungsfähige Hochschullandschaft. Als erstes Bundesland soll bei uns die angestrebte Zahl von 40 Prozent Studienanfängern an Fachhochschulen erreicht werden. Die Universitäten Mainz, Kaiserslautern, Trier und Koblenz-Landau nehmen eine bemerkenswerte Stellung im bundesweiten Vergleich ein und sind Aushängeschilder für das Land.

Im Wissenschaftsbereich wird Rheinland-Pfalz den eingeschlagenen Weg zu einer Spitzenposition fortsetzen. Wir werden den Hochschulzugang offen halten und die Hochschulen personell und finanziell entsprechend ausstatten. Wir werden uns für eine sozial gerechte Förderung der Studierenden stark machen.

Rheinland-Pfalz baut seine Hochschul- und Wissenschaftslandschaft entschlossen aus. Wir werden die Autonomie der Hochschulen weiter stärken. Wir greifen die Herausforderungen von morgen auf:

- Stärkung der europäischen Zusammenarbeit und von Patenschaften
- Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen durch Wissens- und Technologietransfer in Kooperation zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Politik

- Förderung von Umweltforschung und anderen Schlüsseltechnologien, z. B. Informations- und Kommunikationswissenschaften, Materialforschung und Biotechnologien
- Stärkung der Geistes- und Gesellschaftswissenschaften durch fächerübergreifende Zusammenarbeit

## **Wir bauen Rheinland-Pfalz zum kinderfreundlichsten Land in Deutschland aus**

Kinderfreundlichkeit ist zu einem Markenzeichen unseres Landes geworden. Kinderfreundlichkeit bedeutet Rücksicht auf Kleine, Wahrnehmung der Probleme einer veränderten Kindheit, Freiräume für Jugendliche, altersgemäße Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen in sie betreffende Planungen und Entscheidungen. Rheinland-Pfalz wird sich bei seiner Politik für Kinder von niemandem übertreffen lassen: Rheinland-Pfalz soll zum kinderfreundlichsten Bundesland in Deutschland werden.

Ein Grundstock ist gelegt:

Rheinland-Pfalz erfüllt als einziges westliches Bundesland den Rechtsanspruch für Kinder ab dem 3. Lebensjahr, zum Stichtag einen Platz im Kindergarten zu erhalten.

Von 1991 – 1995 wurden mit Hilfe des Landes in Rheinland-Pfalz über 24 000 zusätzliche Kindergartenplätze geschaffen. Weitere Anstrengungen sind erforderlich, denn wir wollen sicherstellen, daß bei Bedarf auch jüngere Kinder einen Kindergartenplatz erhalten. Mittelfristig werden wir unsere Kindergärten zu Häusern für Kinder weiterentwickeln, in denen sich auch Kinder, die jünger als drei oder älter als sechs Jahre sind, zu Hause fühlen können.

Wir wollen

- eine kinderfreundliche Schule, die angstfrei zu eigener und gemeinsamer Leistung motiviert,
- naturnahe Spielplätze, die zur Eigenaktivität anregen,
- kinderfreundliche Verkehrspolitik. Dazu gehören sichere und angenehme Fuß- und Fahrradwege, aber auch die Bekämpfung von Unfallgefahren, Lärm und Luftverschmutzung (u. a. Ozon) durch Tempolimits und andere Maßnahmen,
- mehr Kulturangebote „für Kurze“, die zum Mitmachen und Selbermachen auffordern,
- Kinderschutzdienste flächendeckend als Anlaufstelle für mißhandelte und mißbrauchte Kinder,
- Integration statt Ausgrenzung  
für Kinder fremder Muttersprachen,  
für behinderte Kinder,  
für vernachlässigte Kinder.

Mehr Kinderfreundlichkeit zu erreichen ist aber auch eine Aufgabe, die nur gelingt, wenn die Kommunen, die freien Träger, die Verbände und die gesellschaftlichen Gruppen mitziehen. Das Aktionsprogramm der Landesregierung ist auch als Einladung an alle zu verstehen, die unser Anliegen teilen und die zu einem kinderfreundlichen Rheinland-Pfalz beitragen wollen. Erforderlich sind viele Steine und Steinchen, die – einem Mosaik gleich – das Bild eines kinderfreundlichen Rheinland-Pfalz ergeben. So wird die Landesregierung die Einrichtung eines rheinland-pfälzischen Kindertages anregen, an dem alle Kinder bis zum 15. Lebensjahr öffentliche Kultur-, Freizeit- und Sporteinrichtungen kostenlos nutzen können.

Kinderfreundliche Lebensgestaltung hängt bei weitem nicht nur von Geld, sondern vor allem auch von Ideen und Engagement ab. Es ist schon viel damit getan, wenn wir gegenüber den Anliegen von Kindern nicht gleichgültig sind, sondern sie stets mitbedenken und bei unserem Handeln mitberücksichtigen.

Kinderfreundlichkeit wird besonders vor Ort erfahrbar. In ihrer unmittelbaren Umgebung, in ihrem Wohnort, sammeln Kinder die meisten Erfahrungen. Hier kann Politik für Kinder und mit Kindern in besonderer Weise vorgebracht werden. Sich auf diesem Feld zu engagieren, ist eine lohnende Aufgabe für unsere Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker.

## Wir gehen mit unserer Jugend

Jugendliche brauchen eigene Freiräume. In Rheinland-Pfalz wurden deshalb seit 1991 systematisch neue und zusätzliche Wege in der Jugendarbeit beschritten. Ziel unserer Jugendpolitik ist, durch die Förderung neuer Kooperationen von Verbänden und kommunalen Gebietskörperschaften mit Schulen, Arbeitsverwaltung und weiteren Einrichtungen ein Netzwerk für Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit zu schaffen.

Eine SPD-geführte Landesregierung wird nicht nur die Förderung der Jugendverbände in Rheinland-Pfalz weiter verbessern, sondern durch die Ausweitung des Programms zur *Einrichtung von Jugendtreffs in ländlichen Gemeinden einen konkreten Beitrag zur Unterstützung örtlicher Initiativen leisten*. Jugendkulturarbeit, Angebote der Mädchenarbeit, aber auch neue Ansätze für spezifische Problemgruppen konnten mit maßgeblicher fachlicher und finanzieller Unterstützung des Landes entwickelt werden.

Städtische Zentren sind für viele junge Menschen Anziehungspunkte für Bildung, Ausbildung, Beruf und Freizeit. Darüber hinaus sind sie Treffpunkte für unterschiedliche Kulturen und Szenen. Die finanzielle Unterstützung des Landes für Jugendarbeit in den Häusern der Offenen Tür muß deshalb fortgesetzt und zielgerichtet erweitert werden. Jugendberatung und neue präventive Ansätze der Jugendsozialarbeit sind zusätzlich zu entwickeln und zu erproben.

- Jugendparlamente und jugendliche Berater sollen Demokratie für die nachwachsende Generation erfahrbar machen.
- Eine jährliche Kinder- und Jugendkonferenz soll sich der Anliegen der Jungen und Mädchen in Rheinland-Pfalz annehmen. Dieser Konferenz ist ebenfalls regelmäßig seitens der Landesregierung ein aktueller Bericht über die Situation der Kinder und Jugendlichen, incl. der damit in Verbindung stehenden Einrichtungen, vorzulegen.
- Jugendarbeit bedeutet auch, die unterschiedlichen Lebenslagen von Mädchen und Jungen zu erkennen und in der Jugendarbeit zu berücksichtigen. Dazu sind eigene Angebote in der Mädchenarbeit unerlässlich.
- Wir fordern eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen Trägern der Jugendhilfe/Jugendarbeit und der Schule.
- Wir setzen uns für eine weitere Verbesserung der Arbeits- und Ausbildungssituation von Erzieherinnen ein.
- Jugendarbeit im ländlichen Raum und in städtischen Vororten wird weiter gestärkt.

- Sexualpädagogische Aufklärungs- und Beratungsangebote werden weiterhin gefördert.
- Integrative Vorhaben zwischen deutschen und ausländischen Kindern und Jugendlichen sind stärker zu fördern.
- Auch außerhalb des Schulbereichs sollen Projekte zur Integration behinderter Jugendlicher unterstützt werden.

## **Wir machen ernst mit der Chancengleichheit von Frauen und Männern**

Hohe Zustimmung findet in Rheinland-Pfalz die Forderung nach Chancengleichheit für Frauen und Männer in allen Lebensbereichen. Innerhalb der SPD ist die Gleichstellung von Frau und Mann schon lange ein zentrales Anliegen, das auch durch die Quotenregelung konkret umgesetzt wurde. Seit wir in Mainz regieren, haben wir viel getan:

- Mit dem Landesgleichstellungsgesetz wurde die Frauenförderung im öffentlichen Dienst auf eine gesetzliche Grundlage gestellt.
- In der Gemeindeordnung und der Landkreisordnung in Rheinland-Pfalz wurde die Gleichstellung als Richtschnur für das praktische Handeln kommunaler Körperschaften verankert.
- Im Landeshochschulgesetz und im Fachhochschulgesetz wurde die Frauenförderung für die Hochschulen und Fachhochschulen verbindlich festgeschrieben.
- Das Netz von Beratungs- und Hilfsangeboten für Frauen, wie z. B. Notrufberatungsstellen, Frauenhäuser und Beratungsstellen für Berufsrückkehrerinnen, wurde enger geknüpft.
- Trotz der notwendigen Einschränkungen auf vielen anderen Gebieten sind die Ansätze für Frauenprojekte im Haushalt '96 und in den Planungen für '97 deutlich erhöht worden.

Es ist uns bewußt, daß die Gleichstellung von Frauen und Männern in unserer Gesellschaft noch längst nicht verwirklicht ist. Frauenpolitik wird deshalb politischer Schwerpunkt einer SPD-geführten Landesregierung bleiben. Das Landesgleichstellungsgesetz stellt einen wichtigen Schritt dar und wird nach den ersten Erfahrungen in der Praxis von uns weiterentwickelt. Frauenpolitik muß institutionell verankert sein, sie muß aber auch als Querschnittsaufgabe in alle Felder der Politik eingreifen.

Die Frauen in Rheinland-Pfalz können sich darauf verlassen: Die SPD wird weiterhin für die Belange der Frauen eintreten, bis in unserem Land eine Gleichstellung von Frauen und Männern erreicht ist, die diesen Namen wirklich verdient.

Wir wissen uns einig mit der deutlichen Mehrheit der Frauen und mit den meisten Männern in unserem Land in der Forderung nach

- mehr Lebensqualität und Berufschancen von Frauen auch im ländlichen Raum durch Förderprogramme,
- mehr Teilzeitarbeitsplätze für Männer und Frauen,

- Ziel ist die Ausweitung des Angebots an sozialversicherungspflichtigen Teilzeitarbeitsplätzen, wogegen die Geringfügigkeitsgrenze für auf Dauer angelegte, regelmäßige Beschäftigung beseitigt werden muß,
- Weiterentwicklung von Unterstützungsprogrammen für Frauen, die einen Betrieb gründen wollen,
- Berücksichtigung von frauenfördernden Maßnahmen bei der Technologie- und Mittelstandspolitik,
- gezielter Förderung von Beschäftigungsprojekten für Frauen in Regionen, die vom Truppenabbau betroffen sind,
- Förderung von Beratungs und Unterstützungsangeboten für Frauen und Männer, die nach der Familienphase wieder berufstätig sein möchten,
- aktiven Maßnahmen, um der Gewalt gegen Frauen und Mädchen entgegenzuwirken. Aufklärungsmaßnahmen sind hierzu ebenso wichtig wie Zufluchts- und Beratungsangebote für Frauen und Mädchen (Frauenhäuser, Notrufberatungsstellen, Mädchenhäuser).

## **Wir sorgen für bezahlbare Wohnungen**

Die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum für breite Schichten der Bevölkerung steht nicht nur auf der Forderungsliste für Bürgerinnen und Bürger obenan, sondern ist zugleich ein hohes Anliegen sozialdemokratischer Politik. Denn ein intaktes Wohnumfeld ist eine wichtige Bedingung für soziale Integration ebenso wie für die Persönlichkeitsentwicklung insbesondere junger Menschen.

Der soziale Wohnungsbau nimmt im Lande Rheinland-Pfalz einen hohen Stellenwert ein. Dies wird auch in Zukunft so sein. Während die Bundesregierung ihre Fördermittel für den sozialen Wohnungsbau seit Jahren kontinuierlich kürzt (Rückgang von 1993 bis 1996 um die Hälfte), hat das Land seine Mittel auf hohem Niveau verstetigt mit der Folge, daß auch im Jahre 1996 5000 Wohnungen gefördert werden.

Wir haben in der Wohnungsbauförderung mit Phantasie neue Wege beschritten. Das gilt für das kostengünstige und flächensparende Bauen und die einkommensorientierte Förderung, für die Umwandlung bislang militärisch genutzter Wohnungen sowie für die Ausdehnung des Modernisierungsprogramms auch auf das selbstgenutzte Wohneigentum.

Die Wohneigentumsförderung hat für uns hohe Priorität. Das im Herbst 1995 vom Bundesgesetzgeber verabschiedete „Eigenheimzulagengesetz“ beruht im wesentlichen auf unserer Gesetzesinitiative.

Mit dem Sonderprogramm „Sozialboden“, mit dem wir in den Ballungsgebieten den Städten und Gemeinden helfen wollen, bevorzugt jungen Familien zu eigenen vier Wänden zu verhelfen, betreten wir bundesweit Neuland.

Wir unterstützen neue Wohnformen im Sinne von Wohn- und Lebensgemeinschaften, weil das gemeinschaftliche Wohnen unabhängig von der Motivation, die die Beteiligten zusammenführt, sozial erwünscht ist. Neue Wohnformen führen zu einer wechselseitigen Hilfs- und Beistandsbereitschaft bei der Bewältigung des Alltags. Für viele Menschen gewinnen diese Lebensformen deshalb insbesondere in der Aufbauphase ihres Lebens oder im Alter zunehmend an Bedeutung. Nicht zuletzt auch aus städtebaulicher Sicht können hierdurch Fehlbelegungen vermieden, Wohnungsnot abgemildert, vorzeitige Heimeinweisung vermieden werden.

## Wir machen Rheinland-Pfalz mobil

Unser Ziel bleibt die Anbindung jedes Ortes in Rheinland-Pfalz an den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV). Die „Renaissance der Schiene“ durch die Wiederbelebung stillgelegter Bahnstrecken, die unser Land bundesweit eingeläutet hat, soll weitergeführt werden. Der „Rheinland-Pfalz-Takt“, durch den künftig alle von der Bahn bedienten Orte in festen und leicht merkbaren Taktintervallen miteinander verbunden werden, soll bis zum Jahr 2000 landesweit eingeführt sein.

Wir wollen, daß

- der öffentliche Personennahverkehr durch die Schaffung von flächendeckenden Angeboten gefördert wird,
- Maßnahmen gefördert werden, die den öffentlichen Personennahverkehr attraktiver machen, z. B. durch aufeinander abgestimmte Fahrpläne und Umsteigemöglichkeiten zwischen den Verkehrsverbänden. Dabei werden wir die Erfahrungen der betroffenen Frauen und Männer berücksichtigen,
- stillgelegte Strecken des Schienenverkehrs – wo es sinnvoll und möglich ist – wieder in Betrieb genommen werden,
- der Norden unseres Landes über die Lahntalstrecke an das europäische ICE-Netz angeschlossen, der Süden von Rheinland-Pfalz bis zum Jahr 2000 an die von Paris über Metz kommende und nach Berlin führende ICE/TGV-Trasse und auch der Raum Trier/Luxemburg an das europäische Hochgeschwindigkeitsbahnnetz angebunden wird. Diese Einbindung unseres Landes in das Schienennetz von morgen ist für den Wirtschaftsstandort Rheinland-Pfalz von zentraler Bedeutung,
- der immer mehr anschwellende Güterfernverkehr in der Europäischen Union mehr und mehr auf die Schiene umgeleitet wird. Dies sind wir als mitteleuropäisches Transitland unseren wirtschaftlichen Interessen, unserer Umwelt und der Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger schuldig.

Wir setzen auf die intelligente Kombination von Schiene, Wasser und Straße. Wir wissen: In einem Flächenland wie Rheinland-Pfalz sind Pkw und Lkw unverzichtbar.

Daher werden wir

- für die Fertigstellung begonnener Maßnahmen im Fernstraßenbau sorgen,

- in ländlichen Bereichen mit strukturellem Nachholbedarf den Straßenbau verstärken, wenn es für die wirtschaftliche Entwicklung notwendig ist und mit dem Schutz der Natur vereinbar ist. Dabei haben Ortsumgehungen, die Entschärfung von Engpässen und Unfallschwerpunkten sowie Lärmschutz Vorrang,
- den Containerverkehr auf den Wasserstraßen fördern. Der Anschluß an das Schienennetz ist dabei unverzichtbar. Leistungsfähige Güterverkehrszentren mit Anschluß zur Wasserstraße sollen in den nächsten Jahren außer in Germersheim, Wörth und Ludwigshafen auch in den Räumen Mainz, Koblenz und Trier gebaut werden.

## Wir bringen die Rheinland-Pfälzer in Bewegung

Die Menschen in Rheinland-Pfalz sind sportlich aktiv. Die Hälfte unserer Bevölkerung treibt Sport. Der Landessportbund ist die größte Personenvereinigung des Landes. Die gesellschaftliche, kulturelle und sozialpolitische Bedeutung der aktiven sportlichen Betätigung kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Der Sport verdient daher staatliche Förderung.

In Zeiten knapper werdender finanzieller Spielräume müssen neue Perspektiven für die Sportförderung in Rheinland-Pfalz entwickelt werden.

- Wir setzen uns ein für eine stärkere Autonomie des Sports. Dazu müssen neue Formen der Teilfinanzierung des Sports durch Lotto/Toto-Mittel gefunden werden. Sie sollten zugleich dem Abbau von Bürokratie dienen.
- Wir müssen gemeinsam mit den Kommunen, dem Landessportbund und den Sportvereinen neue und unkonventionelle Methoden bei der Finanzierung eines bedarfsgerechten Sportstättenbaus suchen. Der wird sich in den nächsten Jahren weitgehend auf Sanierung, Renovierung und Ersatzneubau konzentrieren.
- Wir werden der ehrenamtlichen Tätigkeit wieder zu mehr Ansehen verhelfen. Das Ehrenamt ist für den Sport ebenso wie für die Vereinstätigkeit, für Initiativen, soziale Dienste und Hilfswerke, die Verbände der freien Wohlfahrtspflege und für Selbsthilfegruppen von unverzichtbarer Bedeutung. Allein im Sport sind in Rheinland-Pfalz 150 000 Ehrenamtliche tätig.
- Wir fördern die bessere Verknüpfung von Sport und Kindergärten, von Sport und Senioreneinrichtungen sowie von Sport und Gesundheitswesen.
- Unsere sportpolitische Aufgabe ist ein Entwicklungsplan für den Breitensport in Rheinland-Pfalz mit dem Ziel, „Sport für alle“ möglich zu machen. Alle Menschen in Rheinland-Pfalz sollten in vertretbarer Entfernung ein Sportangebot finden, das ihren Möglichkeiten und Neigungen entspricht.
- Wir wollen ein „Aktionsbündnis Sport und Natur“.

## **Wir fördern Land- und Forstwirtschaft und stärken den Schutz der Verbraucher**

Schöne Landschaften prägen das Land Rheinland-Pfalz. Sie sind das Kulturerbe der ländlichen Entwicklung und der land- und forstwirtschaftlichen Nutzung. Daraus ergibt sich eine besondere Verantwortung der Agrar- und Forstpolitik in bezug auf die Sicherung und Weiterentwicklung des ländlichen Raumes, die Erhaltung leistungs- und wettbewerbsfähiger land- und forstwirtschaftlicher Betriebe und den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen durch eine umweltverträgliche und standortgerechte landwirtschaftliche Nutzung. Bei der land- und forstwirtschaftlichen Nutzung sind ökonomische und ökologische Ziele grundsätzlich gleichrangig zu betrachten. Natur- und Gewässerschutz werden mit der Land- und Forstwirtschaft und nicht gegen sie verwirklicht.

### **Landwirtschaft und Weinbau**

Unsere Ziele sind: In der Europäischen Union und zwischen den Bundesländern müssen einheitliche Wettbewerbsbedingungen für unsere Landwirtschaft, den Wein- und Gartenbau geschaffen werden. Eine Harmonisierung der Umweltstandards muß auf hohem Niveau erfolgen.

Die Bevölkerung in Rheinland-Pfalz soll möglichst marktnah mit hochwertigen und gesunden heimischen Lebensmitteln versorgt werden. Produkte, die im überregionalen Wettbewerb abgesetzt werden, müssen zu wettbewerbsfähigen Kosten erzeugt und über leistungsfähige Absatzkanäle angeboten werden. Die EU-Agrarpolitik soll stärker an ökologischen Zielen ausgerichtet werden. Ausgleichszahlungen sollen verstärkt betriebsbezogen gewährt und nach ihrem ökologischen Nutzen bemessen werden. Die Fördermittel der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ sind so einzusetzen, daß möglichst viele bäuerliche Familienbetriebe in ihrer Wettbewerbsfähigkeit gestärkt werden und eine flächendeckend umweltverträgliche Landbewirtschaftung ermöglicht wird.

Wir möchten die Landwirtschaft, den Wein- und Gartenbau u. a. durch folgende landespolitische Initiativen stärken:

- Weiterentwicklung des Förderprogramms umweltschonende Landbewirtschaftung und Förderung des ökologischen Landbaus,
- Fortführung des Agrarprogramms auf dem derzeitigen Niveau,
- Sicherung des Anbaus von Sonderkulturen durch den Ausbau wassersparender Bewässerungsmöglichkeiten unter besonderer Berücksichtigung des Schutzes des Grundwassers,

- Entwicklung eines Konzeptes der Herkunfts- und Qualitätssicherung insbesondere für tierische Erzeugnisse unter besonderer Beachtung des Tierschutzes,
- Unterstützung des Anbaus und der Verwendung nachwachsender Rohstoffe, wo die Wettbewerbsfähigkeit erreicht werden kann und positive Effekte für die Umwelt zu erwarten sind.

#### Weinbau

Rheinland-Pfalz ist Deutschlands Weinland Nummer 1. Hier werden 70 Prozent des deutschen Weines erzeugt. Die erfolgreiche Politik der Landesregierung durch entsprechende Einflußnahme auf das Verfahren der Gesetzgebung des deutschen Weingesetzes mit dem Ergebnis, größeren Schaden von den Winzerbetrieben abzuwenden, soll fortgesetzt werden. Da in Rheinland-Pfalz fast ausschließlich Qualitäts- und Prädikatsweine erzeugt werden, stellen wir sicher, daß die geplante europäische Weinmarktordnung die Interessen der Winzerinnen und Winzer in stärkerem Maße berücksichtigt, als dies im vorliegenden Entwurf bislang der Fall ist. Die Maßnahmen zur Förderung des Marketings des Weinabsatzes werden fortgeführt. Dabei geht es insbesondere um eine Verbesserung des Ansehens der heimischen Weine bei den Verbrauchern.

#### Forsten

Der Wald ist ökologisch und ökonomisch von herausragender Bedeutung. Die naturnahe Waldwirtschaft ist insbesondere für den Staats- und Gemeindewald oberste Zielsetzung. Holz ist der wichtigste nachwachsende Rohstoff. Deshalb muß der Einsatz dieses natürlichen Rohstoffes verstärkt in allen Bereichen Anwendung finden. Die notwendige Umorganisation und Modernisierung der Forstverwaltung wird fortgesetzt.

#### Dorferneuerung und Pflege des ländlichen Siedlungsraumes

Um die Lebensbedingungen in unseren schönen und liebenswerten Dörfern weiter zu verbessern, werden wir unsere umfassende Politik für den ländlichen Raum fortführen. Dabei kommen der Dorferneuerung und der Städtebauförderung nach wie vor zentrale Bedeutung zu. Wir werden deshalb das Programm zur Dorferneuerung fortschreiben, das jährlich Investitionen in Höhe von 300 Millionen Mark mobilisiert. Insgesamt wurde der ländliche Raum von 1991 bis 1995 mit Mitteln der Dorferneuerung, der Städtebauförderung und des Investitionsstocks in Höhe von rund 1,44 Milliarden Mark gefördert und somit Investitionen im Wert von über 18,6 Milliarden Mark auf den Weg gebracht.

In Zukunft nicht mehr benötigte landwirtschaftliche Nutzflächen sollen als Möglichkeit für eine neue Bodenordnung genutzt werden, die besonders auch den Belangen von Naturschutz und Landespflege Rechnung tragen kann.

#### Tierschutz

Tierschutz hat Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen. Unsere Tierschutzpolitik orientiert sich an den Grundsätzen der Achtung der Tiere als schutzbedürftige Lebewesen. Wir setzen uns für verbesserte Haltungsnormen für alle Tierarten ein.

#### Verbraucherschutz

Die Versorgung der Bürger mit gesunden Lebensmitteln von hoher Qualität hat höchste Priorität. In der Europäischen Union darf Verbraucherschutz nicht weiterhin als nachge-

ordnetes Ziel der Landwirtschaftspolitik und des freien Warenverkehrs behandelt werden. Die lebensmittelrechtlichen Vorschriften zum Schutz der Gesundheit und zum Schutz vor Verbrauchertäuschung müssen in der EU auf hohem Niveau harmonisiert werden. Die Bestrahlung von Lebensmitteln lehnen wir ab. Werden dennoch bestrahlte oder gentechnisch veränderte Erzeugnisse in Verkehr gebracht, sind sie klar und eindeutig zu kennzeichnen. Wir treten ein für die verstärkte Förderung der Arbeit der Verbraucherberatungsstellen.

## **Wir bauen die Solidarität zwischen den Generationen aus**

Die Zusammensetzung der Bevölkerung wird sich auch in Rheinland-Pfalz verändern: Die durchschnittliche Lebenserwartung steigt bei gleichzeitigem Rückgang der Geburtenrate. Dieser demographische Wandel verlangt von der Politik rechtzeitige Reaktionen. Es wird Veränderungen geben auf den Gebieten der sozialen Sicherungssysteme, auf dem Arbeitsmarkt, im Verkehrswesen, auf dem Wohnungsmarkt, bei den sozialen Diensten und auf dem Kultur- und Freizeitsektor. Dies wird auch finanzielle Konsequenzen haben.

Die stärkere Beteiligung der älteren Menschen am gesellschaftlichen, politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben ist notwendig, weil sie ihr Wissen und ihre Erfahrung in die Gesellschaft einbringen können. Das Miteinander der Generationen ist die Grundlage für das gesamte Funktionieren und den Zusammenhalt unserer Gesellschaft.

Ziel der Seniorenpolitik muß es sein, der älteren Generation mehr Einfluß und mehr Chancen zu mehr Teilhabe in allen Bereichen des öffentlichen Lebens zu ermöglichen. Die Vorstellung in unserer Gesellschaft vom Alter und vom Aktivsein im Alter bedarf einer gründlichen Korrektur. Wir setzen auf ein eigenständiges Leben im Alter, solange dies möglich ist und auf umfassende Betreuung, wenn es nötig ist.

- Die Solidarität zwischen den Generationen als Grundlage der Sozialpolitik muß erhalten und gestärkt werden.
- Die Teilhabe alter Menschen am gesellschaftlichen und politischen Leben wird verstärkt durch Formen des Mehr-Generationen-Wohnens, durch die Einrichtung von Seniorenbeiräten und durch Beteiligung der Seniorinnen und Senioren an der Politik.
- Alte Menschen sollen so lange wie möglich ein selbständiges und selbstbestimmtes Leben führen können.
- Es muß verhindert werden, daß sie frühzeitig ihre häusliche Umgebung ungewollt verlassen müssen. Deshalb gilt für alle Hilfen der Vorrang von „ambulant vor stationär“.
- Neue Wohnformen für Senioren sollen verstärkt erprobt und in Betreuung und Pflege neue Wege versucht werden. Wichtigstes Ziel soll der Erhalt von möglichst viel Selbständigkeit sein. Alternative Angebote sollen sowohl in traditionellen Alten- und Pflegeheimen als auch unabhängig davon entwickelt werden.

## **Wir halten unser Gesundheitswesen gesund**

In den Krankenhäusern von Rheinland-Pfalz gibt es wieder ausreichend Pflegepersonal. Mit Modellprojekten in unseren Krankenhäusern, der Kampagne „Beruf fürs Leben“ und einem Einsatz von 1,3 Milliarden Mark an Fördermitteln konnte der dramatische Pflege-notstand an den Kliniken gestoppt werden.

Die Neuordnung des öffentlichen Gesundheitsdienstes und der Landeskrankenhäuser in Rheinland-Pfalz, die Förderung von Qualitätssicherungsmaßnahmen, der Ausbau einer wohnortnahen Versorgung psychisch Kranker und die Krankenhausreform sind wesentliche Bestandteile unserer Gesundheitspolitik. Dabei achten wir darauf, daß das Gesundheitssystem noch finanzierbar ist. Versicherte, die gesetzlichen Krankenversicherungen und die Sozialpartner dürfen nicht noch stärker belastet werden.

- Der öffentliche Gesundheitsdienst wird mit dem Jahr 1997 aus der Trägerschaft des Landes auf die Kommunen übertragen. Damit die Reform stattfinden kann, muß der öffentliche Gesundheitsdienst von alten und überflüssigen Aufgaben befreit werden.
- Ein wesentlicher Teil der Neuorganisation der Landessozialverwaltung ist die Verselbstständigung der Landeskliniken und ihre Zusammenlegung in einem Landeskrankenhaus als Anstalt des öffentlichen Rechts. Gleichzeitig muß ein Konzept entwickelt werden, damit die Anforderungen einer neuen modernen Psychiatrie verwirklicht werden können.
- Die bisherigen Anstrengungen, die personelle und sachliche Ausstattung des psychiatrischen Versorgungssystems zu verbessern, werden fortgeführt.
- Der Aufbau dezentraler Angebote und die gleichzeitige Verkleinerung von Großkliniken sind wesentliche Voraussetzungen für die gemeindenahe Psychiatrie.
- Kommunale Gesundheitsämter übernehmen in der Durchführung von regionalen Gesundheitskonferenzen die Koordinierung gesundheitsfördernder Maßnahmen und anderer Projekte zur Verbesserung der Gesundheitsversorgung. Zusammen mit niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten, Krankenhäusern, ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen, Vertretern von Betroffenen (z. B. Selbsthilfegruppen), Krankenkassen und anderen Leistungsanbietern und Kostenträgern kann ein regionales, bedarfsorientiertes Angebot an Gesundheitsleistungen erarbeitet werden.
- In den Krankenhäusern muß durch Bettenabbau, Modernisierung und durch die Verzahnung von stationärer und ambulanter Versorgung Kostendämpfung erreicht werden, ohne daß sich das Angebot für Patientinnen und Patienten – auch in der Fläche – verschlechtert.

- Die hausärztliche Versorgung der Bürgerinnen und Bürger sowie die Zusammenarbeit zwischen Hausärzten und Fachärzten sollen gefördert werden.
- Medizinischer Fortschritt, der für das Schicksal bestimmter Kranker entscheidende Verbesserungen mit sich bringen kann, soll schnell umgesetzt werden. Dies gilt zur Zeit z. B. für schwer Hirngeschädigte, für die Frührehabilitationseinrichtungen ausgebaut werden müssen.

## **Wir sorgen für gleiche Chancen von Behinderten und Nichtbehinderten**

Integration statt Isolation ist wesentliche Aufgabe der Behindertenpolitik. Deshalb muß sie sich zeitgemäß damit auseinandersetzen, die Trennung zwischen Nichtbehinderten und Behinderten zu überwinden. Dazu gehört besonders das Angebot des betreuten Wohnens, das Behinderte in die Nachbarschaft integriert und ihnen an ihrem Wohnort ein selbständiges, normales Leben garantiert.

- Die Weiterentwicklung von Wohnangeboten für Behinderte soll integrative Wohnformen schaffen, in denen Nichtbehinderte, junge und alte Menschen, Familien mit Kindern und Behinderte zusammen leben können.
- Integration der Behinderten ist nicht nur auf die Eingliederung in das Wohnumfeld beschränkt, sondern bedeutet auch Eingliederung in die Arbeits- und Beschäftigungssituation der Nichtbehinderten. Deshalb werden wir die Programme für die Beschäftigung schwerbehinderter Männer und Frauen verbessern.
- Wir werden auch weiterhin die Werkstätten für Behinderte fördern und unterstützen.
- Die Landesregierung wird dafür sorgen, daß in der Landesverfassung ein Diskriminierungsverbot aufgenommen wird, wie es das Grundgesetz bereits enthält. Für die Vertretung der Interessen Behinderter im Lande haben der Landesbehindertenbeauftragte und der Landesbehindertenbeirat weiterhin eine wichtige Rolle.
- In der weiteren Umsetzung des Pflegeversicherungsgesetzes wird sich die Landesregierung dafür einsetzen, daß Eingliederungshilfe ihre Selbständigkeit erhält oder später in einem Neunten Buch des Sozialgesetzbuchs eine eigenständige Regelung erfahren wird. Behinderte Menschen sollen besonders in der individuellen Schwerstbehindertenbetreuung die Möglichkeit erhalten, die für sie notwendige Pflege selbst zu organisieren.
- Wohnangebote für Behinderte müssen differenziert ausgebaut werden. Es geht nicht mehr ausschließlich um neue Platzzahlen, sondern um neue Formen des Wohnens, die die Integration der Behinderten in ihrer Nachbarschaft unterstützen.

## Wir helfen den Suchtkranken

Drogen- und Suchtmittel lassen sich auch durch Strafandrohung gegenüber Konsumenten nicht einfach aus der Welt schaffen. Da das Ziel einer suchtmittelfreien Gesellschaft damit nicht zu erreichen ist, muß es Aufgabe sozialdemokratischer Politik sein, durch jugendpolitische, sozialpolitische und gesundheitspolitische Maßnahmen der Entstehung von Drogen- und Suchtmittelabhängigkeit vorzubeugen, den Menschen differenziert zu helfen. Gegen die kriminellen Geschäftemacher ist konsequent vorzugehen.

- Die Geldwäsche ist zu unterbinden. Vermögen und Gewinne aus Geschäften mit illegalen Drogen sind einzuziehen.
- Die Suchtprävention ist zu verstärken. In einem Flächenland wie Rheinland-Pfalz müssen Hilfeangebote auch in ländlichen Regionen zur Verfügung stehen. Das Hilfesystem ist daher gemeindeorientiert und nach dem Prinzip „ambulant vor stationär“ weiterzuentwickeln.
- Differenzierte ambulante Suchtkrankenhilfe und ergänzende Hilfeangebote, z. B. Wohn- und Arbeitsprojekte, wollen wir ausweiten. Sie erfordern eine abgestimmte Planung und eine gesicherte Finanzierung. Dazu bedarf es neuer Regelungen, die die Sozialleistungsträger stärker einbeziehen.
- Der angestiegene Konsum sogenannter Designer-Drogen oder Ecstasy fordert auch eine verstärkte gesundheitliche Aufklärung.
- Wir wollen unsere erfolgreiche offene Drogenpolitik in Rheinland-Pfalz fortsetzen und uns neuen Entwicklungen nicht verschließen und aktuelle Ansätze in Experten und Betroffenenrunden sowie mit Jugendlichen diskutieren.

## **Wir gestalten unsere Verwaltung effizient und bürgernah**

Die Verwaltung ist für die Bürger da, nicht umgekehrt. Deshalb werden wir dafür sorgen, daß

- effektives Arbeiten,
- mehr Serviceleistung,
- mehr Bürgernähe

weiterhin Zielvorgaben für eine zeitgemäße öffentliche Verwaltung in Rheinland-Pfalz sind.

Wichtige Schritte auf dem Weg zu einer Verwaltung, die sich als modernes Dienstleistungsunternehmen für die Bürgerinnen und Bürger versteht, sind wir bereits gegangen. In den zurückliegenden Jahren konnten viele Vorhaben abgehakt werden, wie z. B. die Verringerung der Zahl der Ministerien von 11 auf 8, die Einführung des Finanzamts 2000 oder die Straffung der Staatsbauverwaltung. Zur Unterstützung der Modernisierungsidee wurde 1994 die Verwaltungsmodernisierungskommission gebildet. Sie hat durch zusätzliche Initiativen, intensive Beratung von Projekten und breite Information den Modernisierungsprozeß koordiniert, gefördert und beschleunigt.

Es wurde bereits viel erreicht. Zur Bewältigung der künftigen Herausforderungen werden wir auf diesem Weg noch energischer voranschreiten. Wir werden den Aufgabenbestand der Landesverwaltung kritisch durchleuchten und auf den wesentlichen Kern zurückführen.

Rechts- und Verfahrensvorschriften werden wir von unnötigem Ballast entfrachten und damit Verwaltungsverfahren straffen. Die Genehmigungsverfahren werden weiter verbessert. Gesetzesfolgeabschätzungen sollen für wichtige Rechtsvorschriften erprobt werden.

Das Konzept des neuen Steuerungsmodells soll insbesondere mit seinen Elementen Budgetierung und Controlling, Abbau von Hierarchien und modernes Personalmanagement in die Landesverwaltung eingeführt werden. Generell soll die dezentrale Verantwortung gestärkt werden; gerade auch bei effizientem Einsatz der Haushaltsmittel. Wir haben vor, eine Dokumentations- und Transferstelle „Verwaltungsmodernisierung in den Ländern“ einzurichten. Damit wollen wir bundesweit Erfahrungen und Vorhaben bündeln und wirtschaftlich nutzen.

Diese Vorhaben bedeuten in ihrer Gesamtheit eine umfassende Reform der Landesverwaltung, die sich auch auf die organisatorischen Strukturen auswirken wird. Dazu sind erhebliche Anstrengungen aller Beteiligten erforderlich. Wir wollen daher die wesentlichen Reformvorhaben noch vor der Jahrtausendwende auf den Weg gebracht haben. Um dies zu

schaffen, ist die Mitwirkung der Bediensteten der Landesverwaltung besonders wichtig. Daher werden alle Maßnahmen unter der Beteiligung unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie deren Vertretungen und Gewerkschaften durchgeführt werden. Dies gilt insbesondere für ein fortschrittliches Personalvertretungsgesetz, das die Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten sichert.

Auf dem Weg zu mehr Bürgernähe der Verwaltung sollen

- Verwaltungen eine Bestandsaufnahme ihrer Arbeitsabläufe vornehmen und effizientere Abläufe finden
- Genehmigungsverfahren weiter gekürzt und vereinfacht werden
- in der Verwaltung eine laufende Kostenplanung und -kontrolle eingeführt werden, damit teure und sinnlose Ausgaben vermieden werden
- *im öffentlichen Dienst das Leistungsprinzip durchgesetzt werden*
- Führungsfunktionen im öffentlichen Dienst nur jeweils für eine begrenzte Zeit übertragen werden.

## **Wir sind kulturell hellwach und quicklebendig**

Unser Land ist aus seinem kulturellen Dornröschenschlaf erwacht. Früher trat Rheinland-Pfalz kulturell wenig in Erscheinung. Heute ist es hellwach, quicklebendig, vielfältig und bunt.

Wir haben nach jahrelanger Vernachlässigung durch konservative Landesregierungen kulturell endlich aufgeholt.

Rheinland-Pfalz hat kulturell inzwischen nicht zuletzt durch den Kultursommer einen *guten Namen in Deutschland und bei den europäischen Nachbarn*. Während zum Beispiel bundesweit Theater geschlossen werden, errichten Mainz und Kaiserslautern mit Hilfe des Landes neue Theaterbauten.

Mit drei hervorragenden Staatsorchestern setzt Rheinland-Pfalz einen Schwerpunkt in der Musik.

Zeitgenössische Musik fördern wir durch Kompositionsaufträge und Uraufführungen.

Mit Schloß Engers (Neuwied) haben wir für 40 Stipendiaten der Villa Musica stilvolle Unterkünfte und Musikräume bereitgestellt.

Schloß Balmoral (Bad Ems) bietet Lebens- und Arbeitsräume für Stipendiaten der Bildenden Kunst.

Der Nachlaß von Hans Arp wird für das Land gesichert.

Ein landeseigenes Künstlerhaus in Edenkoben soll insbesondere der Literaturförderung und der Begegnung der Künste dienen.

Das Landesmuseum in Mainz wird erweitert und neu gestaltet.

Die Unterstützung des Landes für die erfolgreiche Arbeit des Historischen Museums in Speyer für bundesweit beachtete Großausstellungen wird fortgeführt.

Wir wollen mithelfen, Kultur für alle erfahrbar zu machen. Traditionelle Kulturformen und alternatives kulturelles Wirken in der „Freien Szene“ sollen gleichermaßen gefördert werden. Die Kulturförderung darf sich nicht allein auf die städtischen Bereiche mit Theatern und Museen konzentrieren. Sie muß auch die vielfältigen kulturellen Aktivitäten im ländlichen Bereich mit einbeziehen, die Zeugnisse von Lebensart und Lebensgefühl eines Großteils der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes sind. Neue Wege, Phantasie und intelligente Finanzierungsformen sind bei der Kulturförderung gefragt. Dabei soll die Zu-

sammenarbeit mit privaten Förderern und Sponsoren aus der Wirtschaft die staatliche Kulturförderung unterstützen und den Gestaltungsrahmen des Kulturlebens in Rheinland-Pfalz vergrößern.

Eckpunkte sozialdemokratischer Kulturarbeit werden sein:

- unsere Burgen und Schlösser sollen noch intensiver kulturell und touristisch erschlossen werden,
- für die „freie Szene“ (z. B. kleine Theater ohne öffentliche Fördermittel) soll mehr getan werden,
- die Arbeit vor Ort in Musikschulen und Kulturvereinen wird verstärkt gefördert; dies gilt auch für Museen und Büchereien,
- der Kultursommer soll weiter ausgebaut werden,
- die Kulturstiftung Rheinland-Pfalz ist als eine unverzichtbare Einrichtung zu stärken.

## **Wir setzen auf bewußten Umgang mit den neuen Medien**

Medien haben Zukunft. Jeder achte aller in Deutschland bei Rundfunk- und Fernsehanstalten Beschäftigten arbeitet in Rheinland-Pfalz, vor allem in der Landeshauptstadt Mainz, dem Sitz des Zweiten Deutschen Fernsehens, des Südwestfunk-Landesfunkhauses und auch privater Fernseh- und Rundfunkveranstalter. Damit ist Rheinland-Pfalz einer der bedeutenden Medienstandorte Deutschlands.

Wir sehen die großen Chancen, die darin auch für die Identität unseres Landes liegen. Wir werden unseren Einfluß geltend machen, damit die Rundfunk- und Fernsehanstalten ihrer Aufgabe für unser Land gerecht werden.

Wir wollen den Standortvorteil in dieser wichtigen Zuwachsbranche ausbauen. Als Vorsitzland der Rundfunkkommission gestaltet Rheinland-Pfalz zusammen mit der Gemeinschaft der Länder die Medienpolitik und hat in dieser Eigenschaft auch die Vertretung Deutschlands innerhalb der Europäischen Union übernommen.

- Die Landesregierung wird ihren erfolgreichen Weg fortsetzen, auf dem Gebiet von Hörfunk und Fernsehen und der dazugehörigen neuen Dienste einen nationalen und europäischen Ordnungsrahmen zu vereinbaren.
- Mit dem 1996 beginnenden Versuch des digitalen Hörfunks (DAB) und zusätzlicher Mehrwertdienste wird Rheinland-Pfalz die Strukturen aufbauen, damit die Bürgerinnen und Bürger an den Vorteilen der neuen Übertragungstechniken teilhaben können.
- Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist eine tragende und unverzichtbare Säule des dualen Rundfunksystems, die es zu erhalten gilt. Nur mit einem starken öffentlich-rechtlichen Rundfunk und Fernsehen wird die Vielfalt der Meinungen sowie die volle Breite des Informations-, Kultur- und Unterhaltungsangebotes sichergestellt.
- Wir unterstützen und fördern das Bürger-TV über den offenen Kanal.
- Im Sinne einer pluralen Medienlandschaft muß die Konzentration der Medienunternehmen wirksam begrenzt werden.

Mit Multimedia stehen wir an der Schwelle zu einem neuen Informationszeitalter. Multimedia ist weit mehr als ein Unterhaltungsmedium. Multimedia birgt die Chancen eines schnellen Zugangs zu einer Fülle von Serviceleistungen und Informationen über Datenbanken und Datenbahnen. Zugleich bedroht die neue mediale Technik aber die direkte Kommunikation zwischen den Menschen.



- Durch den Ausbau leistungsfähiger digitaler Datennetze sollen Schulen und Universitäten die neuen Informationsdienste verstärkt nutzen können, die Wirtschaft durch neue Angebote wettbewerbsfähiger gemacht sowie die Verwaltung effektiver und für die Bevölkerung zu einem echten Dienstleistungszentrum gestaltet werden. Mit diesen Aktivitäten werden wir nicht nur Impulse für den Wirtschafts- und Arbeitsmarkt, im High-Tech-Bereich sowie für die Verwaltung geben. Wir werden auch für Ausbildung, Bildung und Kultur neue Möglichkeiten schaffen.
- Angesichts der Fülle qualitativ sehr unterschiedlicher Angebote in den elektronischen Medien gewinnt der richtige Umgang mit ihnen immer mehr an Bedeutung. Fernsehen muß gelernt werden. Eine Medienpädagogik muß die Fähigkeit zur sinnvollen Nutzung der audiovisuellen Medien vermitteln. Entsprechende Projekte sind zu fördern, damit der verantwortungsvolle Umgang mit den elektronischen Medien vom Vorschulalter an in allen Bildungseinrichtungen integriert wird.

## Wir in Rheinland-Pfalz – mitten in Europa

Rheinland-Pfalz ist ein Herzland Europas. In der vor uns liegenden Regierungsphase bis zum Jahr 2001 werden wichtige Entscheidungen fallen, die das Zusammenwachsen Europas entscheidend steuern werden. Wir wollen die Chancen ergreifen, die sich für unser Land aus seiner zentralen Lage in Europa ergibt.

- Wir werden die vielfältigen Formen guter Zusammenarbeit mit den europäischen Nachbarregionen Elsaß, Lothringen, Luxemburg und der Wallonie pflegen und ausbauen. Es gibt eine Menge Beispiele grenzübergreifender Gemeinsamkeit auf den Feldern der Kommunalpolitik, der Kultur, der Vereine und der regionalen Wirtschaft. Hier ist nicht neue Bürokratie gefragt. Hier werden Phantasie und Ideen gebraucht.
- Wir ermuntern Industrie und Handwerk zu stärkeren Kooperationen mit den angrenzenden Regionen innerhalb der Europäischen Union. In dieser Europäisierung unserer regionalen Wirtschaft liegt eine der großen Zukunftschancen unseres Landes.
- Wir rufen unsere Kommunen auf, die bestehenden Partnerschaften mit Städten und Gemeinden in anderen Ländern mit noch mehr Leben zu erfüllen und neue Verbindungen aufzubauen. Dabei denken wir auch an Osteuropa.
- Das Land wird seine Partnerschaft zu den europäischen Regionen Burgund, Valencia, Hertfordshire und Oppeln fortsetzen und intensivieren.
- Menschen anderer Nationalität sind ein fester Bestandteil und eine Bereicherung unserer Gesellschaft. *Ihre Integration liegt im Interesse aller. Darunter verstehen wir nicht eine Anpassung unter Aufgabe der eigenen Kultur, sondern ein Miteinander ohne Vorurteile, mit Respekt vor anderen Lebensweisen und Weltanschauungen.* Nichtdeutsche Staatsangehörige, die schon lange in Deutschland leben und ihren Lebensmittelpunkt hier gefunden haben, müssen auch am gesellschaftlichen und politischen Leben in Rheinland-Pfalz beteiligt werden. Mit der Einführung des Kommunalwahlrechts für Unionsbürger und Unionsbürgerinnen ist bereits ein großer Schritt in diese Richtung getan worden; wir werden uns aber weiterhin für die demokratischen Rechte aller hier lebenden Ausländerinnen und Ausländer stark machen.
- Der erfolgreiche Kultursommer 1995 unter dem Motto „Nachbar Amerika“ hat in vielfältiger Weise die Verbindung unseres Landes über den Atlantik hinweg dokumentiert. Dieser transatlantische Dialog soll verfestigt werden in der Partnerschaft zu South Carolina und in eine „Atlantische Akademie Rheinland-Pfalz“ münden. Unter ihrem Dach werden vielfältige Kooperationen wie Studentenaustausch, Gaststudienaufenthalte, der Austausch von Fachkräften aus Wirtschaft, Landwirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Verwaltung organisiert.

Rheinland-Pfalz wird auch in Zukunft seinen Beitrag leisten, damit die Menschen in anderen Regionen der Welt in ihren Heimatländern in Frieden leben können. Wir werden alle Bemühungen gegen Krieg und Zerstörung unterstützen.

Unser Partnerland Ruanda hat in den vergangenen Jahren eine schreckliche Tragödie durchgemacht. In der Zeit des Bürgerkrieges konnten wir den gepeinigten Menschen nicht helfen. Wir mußten zusehen, wie Hunderttausende umgebracht, vertrieben, entwurzelt wurden. Bei unseren Anstrengungen für unser Partnerland Ruanda steht die direkte Hilfe für die notleidenden Menschen im Vordergrund.

Die Gefahr einer erneuten Eskalation der Gewalt ist noch nicht gebannt. Daher werden wir neue Wege der friedlichen Problemlösung unterstützen.

Wir werden im Rahmen unserer Möglichkeiten die humanitäre Hilfe und die Entwicklungszusammenarbeit fortsetzen und rufen alle Hilfsorganisationen in unserem Land und außerhalb auf, sich ebenfalls in Ruanda zu engagieren. Wir werben dafür, daß auch Schulen, Vereine und Verbände sich an der Hilfe für die geschundenen Menschen in Ruanda beteiligen.

## **Wir sind gemeinsam stolz auf Rheinland-Pfalz**

Unter dem Motto „Der Schritt nach vorn“ sind wir Sozialdemokraten vor fünf Jahren angetreten, um erstmals in Rheinland-Pfalz Regierungsverantwortung zu übernehmen. Wir haben 1991 das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes bekommen. Unter der Führung der Ministerpräsidenten Rudolf Scharping und Kurt Beck ist Rheinland-Pfalz einen großen Schritt nach vorn gegangen.

Wir hatten eine Situation vorgefunden, in der

- die Schulden jährlich um 9,2 Prozent stiegen,
- es kein Konzept für die Konversion gab; im Gegenteil – die rheinland-pfälzische CDU hat der Streichung der Strukturhilfe durch die Bundesregierung für unser Land 1991 zugestimmt,
- die CDU-Landesregierung tatenlos zusah, während der Bund die Gemeinden mit zusätzlichen Abgaben belastete,
- die CDU-Landesregierung die Zahl der Lehrer drastisch senkte,
- die CDU-Landesregierung die Zahl der Kindergartenplätze weit unter dem tatsächlichen Bedarf hielt,
- die CDU-Landesregierung den Wohnungsbau vernachlässigte,
- die CDU-Landesregierung Skandale und Chaos in der Sonderabfallpolitik verursachte und
- die CDU-Landesregierung konzeptionslos in der Wirtschafts- und Strukturpolitik blieb.
- Die CDU-Landesregierung hat über Jahrzehnte die Entwicklung der psychiatrischen Versorgung vernachlässigt. Bei der Regierungsübernahme durch die SPD war Rheinland-Pfalz auf diesem Gebiet das absolute Schlußlicht der alten Bundesländer.

Heute steht unser Land hingegen gut da: In vielen Bereichen haben wir im Vergleich zu anderen Bundesländern aufgeholt, in manchen sogar Spitzenpositionen errungen. Wir haben dies in Solidarität und Kooperation mit den Kommunen, Vereinigungen und Organisationen und durch Mithilfe vieler Frauen und Männer erreicht.

Wir haben darauf geachtet, daß wir mit unserer Politik nahe bei den Menschen in Rheinland-Pfalz sind.

In den vor uns liegenden Jahren gilt es, das Erreichte zu sichern und mit neuer Kraft für ein wirtschaftlich erfolgreiches, sozial gerechtes und der Umwelt gegenüber verantwortungsbewußtes Rheinland-Pfalz zu arbeiten.

Wir werden den bewährten Weg weiter gehen:

- Damit es sich weiter gut leben läßt in Rheinland-Pfalz.
- Damit wir stolz sein können auf unser Land.

## **Mit Kurt Beck geht Rheinland-Pfalz nach vorn ins Jahr 2000**

Unter sozialdemokratischer Führung hat Rheinland-Pfalz eine Reihe von Schlußlicht-Positionen abgegeben und Spitzenstellungen erreicht. Beim Wirtschaftswachstum, bei der Entwicklung des industriellen Umsatzes und bei der Investitionsfreudigkeit nimmt Rheinland-Pfalz nach fünf Jahren sozialdemokratischer Regierungsverantwortung inzwischen vorderste Plätze in Deutschland und in Europa ein. Diesen Weg nach vorn gilt es mit Mut und Phantasie weiter zu gehen.

Die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Rheinland-Pfalz sehen in Ministerpräsident Kurt Beck den Garanten für eine wirtschaftlich erfolgreiche, sozial gerechte und umweltpolitisch verantwortliche Entwicklung unseres Landes.

Rheinland-Pfalz muß seiner Rolle als eine Herzregion Europas noch mehr gerecht werden. Auf dem Weg zur Europäischen Union fällt Rheinland-Pfalz der europäischen Region mit den meisten Binnengrenzen eine besonders wichtige Rolle zu. Mit Kurt Beck haben wir einen Ministerpräsidenten, der über die Grenzen blickt und der europäischen Dimension der Landespolitik eine hohe Bedeutung zugewiesen hat. Entscheidende Triebfeder ist dabei für ihn immer die Nähe zu den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes und ihren Interessen. Gemeinsam mit ihm wollen wir unserem Land im künftig vereinten Europa einen Platz in der Spitzengruppe sichern.

Ministerpräsident Kurt Beck hat in den vielen Jahren seines beruflichen Wirkens, seines kommunalpolitischen und landespolitischen Engagements die Sorgen und Wünsche der Bürgerinnen und Bürger von Rheinland-Pfalz genau kennengelernt. Er steht mitten im Leben und kennt keine ideologischen Scheuklappen. Er redet den Menschen nicht nach dem Mund, sondern hat den Mut, auch mal „Nein“ zu sagen, wenn es die politische Vernunft erfordert. Seine Offenheit und seine Bürgernähe, seine Seriosität, seine Zuverlässigkeit und seine Berechenbarkeit sowie seine politische Phantasie, auch neue Wege zu gehen, sein Verantwortungsbewußtsein und seine Beharrlichkeit werden Rheinland-Pfalz auf gutem Weg ins Jahr 2000 bringen.

Wohlergehen ist nicht nur materieller Wohlstand allein. Die Förderung des geistigen Lebens in Rheinland-Pfalz ist deshalb ein Schwerpunkt sozialdemokratischer Politik unter der Regierungsverantwortung von Ministerpräsident Kurt Beck. Wissenschaft und Forschung, Schulbildung und Weiterbildung stärken die wirtschaftliche Kraft des Landes ebenso wie seine kulturelle Ausstrahlung. Die Verbreiterung des kulturellen Angebots und die Unterstützung des kulturellen Engagements in Stadt und Land sind wichtige Bausteine für mehr Lebensqualität in Rheinland-Pfalz. Unser Land muß auch kulturell seine Möglichkeiten inmitten der Europäischen Union nutzen. Die rheinland-pfälzischen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden mit Ministerpräsident Kurt Beck den seit 1991 beschrittenen Weg zu mehr Demokratie entschlossen fortsetzen. Die Mitwirkungsrechte

der Bürgerinnen und Bürger wurden unter sozialdemokratischer Führung in einem bisher nie dagewesenen Ausmaß gestärkt, sie werden aber auch weiterhin im Mittelpunkt der Landespolitik stehen. Die Politik dient den Bürgerinnen und Bürgern und nicht umgekehrt.

Die Initiative von Kurt Beck als Vorsitzenden der SPD in Rheinland-Pfalz, die Mitglieder der SPD in unserem Land zur inhaltlichen Ausformung des Regierungsprogramms 1996 bis 2001 aufzurufen, hat ein bundesweites Signal für mehr innerparteiliche Mitwirkungsmöglichkeiten gesetzt. Das positive Ergebnis dieser bislang in der deutschen Parteigeschichte einmaligen Mitgliederbefragung sollte beispielhaft sein für weitere Bereiche der politischen Meinungs- und Willensbildung in unserem Lande.

Fünf Jahre sozialdemokratischer Regierungsverantwortung in Rheinland-Pfalz haben seit 1991 gezeigt, daß dieses Land große Chancen hat. Sie müssen nur mit Phantasie, mit Mut und Kraft genutzt werden. Unter den sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Rudolf Scharping und Kurt Beck wurden in Rheinland-Pfalz Verkrustungen aufgebrochen, alte Zöpfe abgeschnitten und frischer Wind in die Landespolitik gebracht. Jetzt gilt es, nicht auf halbem Wege stehen zu bleiben, sondern die Modernisierung des Landes fortzusetzen mit ruhiger Hand, mit Sachlichkeit und nahe bei den Menschen.

Deshalb begrüßen wir alle Kräfte, die mithelfen, daß wir in Rheinland-Pfalz auch in den vor uns liegenden fünf Jahren über die Schwelle des Jahres 2000 unter der Führung von Ministerpräsident Kurt Beck nach vorn gehen.

## Wir in Rheinland-Pfalz

## Rheinland-Pfalz geht nach vorn



